

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Donnerstag, 5. März 2026, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz	Gemeindepräsident Walter Lipp
Protokoll	Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi
Anwesend Gemeinderat	Walter Lipp Barbara Schmid-Häseli Sonja Zeberg-Langenegger Zari Dzaferi Mark Gustafson Vital Hotz Hans Küng
Stimmenzähler	Edna Wyss (Weibelin) Harry Stettler (Stv. Weibel) Severin Gubler (Stv. Weibel) Hanspeter Wolf Hugo Blaser Wendelin Murer Georg Moos Manuel Liechti
Anzahl Anwesende	333 Stimmberechtigte 19 Gäste
Zeit	19.30 – 22.12 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 10. Juni 2026.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Walter Lipp, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Werte Gäste

Ein weiteres Mal darf ich Sie im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich zur heutigen Gemeindeversammlung begrüssen. Es freut uns, dass Sie hier sind.

Die letzte Gemeindeversammlung fand am 13. Januar 2026 statt. Seither hatten wir eine wunderschöne Fasnacht, trotz Wetterkapriolen. Die Fasnachtsoberhäupter von Baar, Allenwinden und Inwil haben die fünfte Jahreszeit mit den Gesellschaften, den Vorständen samt Guggen und Vereinen wieder so richtig zelebriert und die Nacht zum Tag gemacht. Wir dürfen auf unsere Fasnacht stolz sein. Erwähnenswert ist auch der Besuch von unserem Bundesrat Martin Pfister am Umzug am Sonntag. Schön, dass er sich die Zeit genommen hat.

Die Olympiade ist auch durch und die Schweiz konnte da und dort grosse Erfolge feiern. Mit Noé Roth haben wir in Baar sogar einen Doppel-Vize-Olympiasieger und das ist sensationell und grossartig. Herzliche Gratulation. Ich kann Sie beruhigen, wir werden noch etwas für ihn machen. Er hat den Applaus in den Ferien gehört und sicher Freude daran.

Wir haben heute Abend vier Traktanden zu behandeln. Ein spezieller Gruss geht an unseren Regierungsrat und Landammann Andreas Hostettler. Schön, dass Du Dir die Zeit nimmst. Von der Presse darf ich folgende Personen begrüssen: Annette Knüsel von der Baarer Zytig und Christina Gysi von der Zuger Zeitung. Herzlich willkommen und danke für die gute Berichterstattung.

Die Einladung und Publikation zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden. Zuerst ist das Büro zu bestellen. Von Amtes wegen ist unsere Weibelin Edna Wyss dabei. Es sind auch die Stv. Weibel Severin Gubler und Harry Stettler hier. Ein herzliches Willkommen unseren Weibeln und unserer Weibelin. Die Stimmzähler sind noch zu bestimmen. Folgende Personen haben sich gemeldet: Hanspeter Wolf, Hugo Blaser, Wendelin Murer, Georg Moos und Manuel Liechti auf dem Balkon. Mit diesen Vorschlägen sind Sie einverstanden. Somit sind die erwähnten Personen gewählt.

Weiter mache ich den Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht-Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet bzw. abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich jene, die nicht stimmberechtigt sind, bitten aufzustehen? Es sind 19 Gäste hier. Herzlich willkommen.

Die hängigen politischen Vorstösse sind auf der Seite 4 der Vorlage aufgeführt. Seit der letzten Gemeindeversammlung ist noch eine Motion für eine verantwortungsvolle Nutzung von pyrotechnischen Gegenständen in der Gemeinde Baar / Feuerwerk von Marco de Koning eingegangen.

Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Vorlage. Mit diesem Vorgehen sind Sie einverstanden.

Traktandum 1

Protokolle der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2025 (Teil 1) und 13. Januar 2026 (Teil 2) – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 6. Januar 2026 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Die Protokolle konnten im Gemeindebüro oder im Internet eingesehen werden. Das Wort zu den Protokollen wird nicht gewünscht.

Antrag

Die Protokolle der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2025 (Teil 1) und 13. Januar 2026 (Teil 2) seien zu genehmigen.

Beschluss

Die Protokolle der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember 2025 (Teil 1) und 13. Januar 2026 (Teil 2) werden einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Erweiterte Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 – Baukredit

Die Vorlage des Gemeinderats vom 6. Januar 2026 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Zu diesem Traktandum gibt es einige einleitende Bemerkungen von unserem Bauchef Zari Dzaferi und der Chefin Liegenschaften / Sport, Vizegemeindepräsidentin Sonja Zeberg.

Zari Dzaferi

Erlauben Sie uns ein paar einleitende Worte. Das letzte Mal, als wir über das Thema Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 diskutiert haben, waren wir in der Waldmannhalle. Das war im März 2024, also vor rund zwei Jahren. Wir haben damals von Ihnen Hausaufgaben gefasst. Sie haben das Projekt zur Überarbeitung an uns zurückgewiesen. Das haben wir gemacht und wir würden Ihnen gerne nachher kurz erläutern, was wir konkret gemacht haben. Und auch würden wir gerne zu zwei, drei Themen Bezug nehmen, die auch schon vorher von den Parteien an uns hingetragen, respektive in der Zeitung kommuniziert wurden.

Ich gebe das Wort zuerst meiner Kollegin Sonja Zeberg. Bei diesem Projekt ist die Abteilung Liegenschaften / Sport die Vertreterin der Liegenschaften der Gemeinde und sie nimmt auch die Anliegen des Sports auf. Diese werden dann von der Bauabteilung, wie auch sonst von einer anderen Baufirma, ausgearbeitet und Ihnen vorgelegt.

Sonja Zeberg

An der Gemeindeversammlung vor zwei Jahren, wie es Zari Dzaferi schon gesagt hat, haben insbesondere zwei Themen schon im Vorfeld zu Diskussionen geführt. Das ist einerseits die Einfachturnhalle, ob man sie abreißen oder erhalten soll, und andererseits das grosse Rasensportfeld und vor allem die Beleuchtung, die wir dort vorgesehen haben. Vor der Rückweisung des Geschäfts gab es noch einen Entscheid des Souveräns, die Einfachturnhalle zu erhalten.

Bei der Überarbeitung des Projekts war es uns enorm wichtig, dass wir alle Anspruchsgruppen einbeziehen konnten. Die Bedürfnisse der Schule waren uns bekannt, doch auch diese haben wir noch einmal abgeglichen. Das Projekt haben wir mit diversen Kommissionen diskutiert und beraten. Bei diesen Kommissionsarbeiten sind auch viele wertvolle Inputs gekommen, die wir zu einem grossen Teil ins Projekt aufnehmen konnten.

Wir haben auch die Anwohnerschaft mit dem Projekt bedient und sie auf dem Weg hierher informiert. Einerseits die Anwohnerschaft Richtung Inwilerstrasse. Es gab dort eine Petition. Wir haben eine Information gemacht und ihre Bedürfnisse mitgenommen. Andererseits haben wir die Bewohner vom Sternenhof abgeholt, weil sie unmittelbar am Kirchweg wohnen und an das Gelände angrenzen. Auch die Vereine haben

wir mitgenommen, insbesondere drei Vereine. Dies ist einerseits der FC Baar, der betroffen ist, weil wir das grosse Rasenfeld redimensioniert haben, andererseits auch die Radsportarten, also Rhönrad und Kunstrad, und zu einem späteren Zeitpunkt der Velo-club, als es darum ging, den Pumptrack mit aufzunehmen.

Es war eine intensive Zeit, es war aber auch sehr wertvoll. Deshalb ist das Projekt breit abgestützt und deckt die Bedürfnisse von allen, sprich von der Schule, den Vereinen, aber auch der Bevölkerung, ab. Durch die Verkleinerung des Rasenfelds hat es auch im Perimeter Süd, das ist von der Dreifachturnhalle Richtung Inwil, viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt einen Pumptrack auf dem Gelände realisieren wollen.

Über die einzelnen Aktionsfelder haben Sie sich in der Vorlage informieren können. Das ist sehr detailliert beschrieben. Ich werde gerne auf einen Punkt eingehen. Einerseits, weil es nach wie vor ein Kritikpunkt der Anwohnerschaft ist und auch weil es uns im Vorfeld schon zugetragen wurde. Es geht um das Rasenfeld und insbesondere um die Beleuchtung, die wir auch wieder umsetzen wollen. Wir haben das Rasenfeld verkleinert und Richtung Kirchweg verschoben. Dadurch konnten wir die unmittelbare Beleuchtung von der Anwohnerschaft wegbringen. Man muss sich bewusst sein, dass die heutigen Flutlichtanlagen nicht mehr gleich hoch sind, wie man sie kennt, und sie haben vor allem ein fokussiertes Licht. Deshalb haben wir nicht die Streuung, die man jetzt vielleicht beim Lättich sieht. Es ist vorgesehen, dass das Licht nur dann brennt, wenn ein Verein oder eine Gruppe das Rasenfeld quasi bucht oder reserviert. Wie Sie in der Vorlage sehen, wird das Licht um 21.15 Uhr abgeschaltet. Wir sind der Meinung, dass das Rasenfeld ohne Flutlichtanlage oder auch das ganze Areal, das jetzt wirklich ausgewogen ist, nicht komplett ist, wenn man diese weglassen würde. Für eine optimale Nutzung ist es sinnvoll und auch für die Anwohnerschaft vertretbar.

Zari Dzaferi

Ich mache die Überleitung zu zwei anderen Themen, die wir von den Parteien vernehmen konnten. Das sind die Kosten zum Erhalt der Einfachturnhalle. Wir hatten im März 2024 eine Kostenschätzung gemacht. Ursprünglich war in der Vorlage der Dreifachturnhalle vorgesehen, die Einfachturnhalle zurückzubauen. Daran hat der Gemeinderat festgehalten. Sie haben anders entschieden. Wir hatten uns vorbereitet, was es bedeuten würde, wenn wir die Halle sanieren würden. Und zwar für einen kompletten Lebenszyklus. Die Kosten wurden auf CHF 4,5 Millionen geschätzt. Wir hätten alles, was unterirdisch ist, neu abgedichtet. Und den Oberbau hätten wir komplett neu gemacht. Es wären auch weitere Dinge für einen langen Lebenszyklus ersetzt worden. Dementsprechend waren die Kosten CHF 4,5 Millionen. Der Vorwurf, dass man einfach die Zahlen hochgeschraubt hat, damit wir die Halle nicht erhalten müssen, stimmt nicht. Das ist einfach ein anderer Lebenszyklus, als wir heute diskutieren. Wir haben auch einen Ersatzneubau in dieser Machbarkeitsstudie überschlagen. Dieser wäre bei rund CHF 6 Millionen.

Sie sehen in der Vorlage, dass wir jetzt Einsparungen vorgenommen haben. Wir haben uns mit der Abteilung Liegenschaften / Sport nochmals intensiv auseinandergesetzt und austauscht und die Bestellung neu adaptiert. Wir stellen uns jetzt für einen Lebenszyklus von rund 20 Jahren ein. Wir machen das, was nötig ist und was gemacht werden muss. Ein Thema, das viele betrifft, die diese Hallen nutzen, ist die Hitze. Deshalb machen wir den Bodenaufbau neu. Wir würden dort, auf Neudeutsch gesagt, ein

Free-Cooling einbauen. So könnte man mit dem Grundwasser und moderner Technik, die wir auch im Schulhaus Sternmatt 2 eingebaut haben, den Boden von unten kühlen. Zusätzlich ersetzen wir das Glas. Also nicht den ganzen Oberbau, aber die Gläser. Das ist ein Thema wegen der Hitze. Auch das Dach wird neu gemacht und neu gedämmt. Wir sind zuversichtlich, dass wir so die Hitze in den Griff bekommen. Wir konnten CHF 2,11 Millionen einsparen. So kommen wir nun auf einen tieferen Betrag für die Sanierung, respektive für die nächsten 20 Jahre, die wir die Halle so erhalten möchten. Es mag gut möglich sein, dass man die Halle auch weit über die 20 Jahre erhalten kann. Es kann aber auch sein, dass vorher neue Dinge zum Vorschein kommen. Wie gesagt, wir ersetzen nur das, was wir effektiv ersetzen müssen. Dinge, die noch in Ordnung sind, versuchen wir möglichst zu erhalten. Das ist sicherlich auch im Interesse der Umwelt und der Ökologie. Man spricht hier von grauer Energie und dementsprechend möchten wir so vorgehen.

Ein zweites Thema, das ich ansprechen möchte, betrifft die Grundwasserschutzzone. Bitte blättern Sie auf die Seiten 8 und 9 in der Vorlage. Auf Seite 9 sehen Sie unten rechts beim Sportrasenfeld 9er-Fussball, dass das eine Gewässerschutzzone S3 ist. Rückblickend hätten wir das dort noch weiter ausführen können. Deshalb werde ich heute noch ein paar Worte dazu sagen und Ihnen erläutern, was diese Gewässerschutzzonen überhaupt bedeuten. Das Grundwasser zu schützen ist ein grosses Anliegen, nicht nur von denen, die das Grundwasser betreiben und uns zur Verfügung stellen, sondern auch für uns als Gemeinde. Wir haben drei verschiedene Schutz zonen, S1, S2 und S3. Je näher Sie am Brunnen sind, desto höher ist die Stufe. In der Zone S1 gibt es ein totales Bauverbot. Dort muss man nicht diskutieren, ob man etwas baut oder nicht. Das Gleiche gilt für die Zone S2. Dort gilt ein grundsätzliches Bauverbot. Dort muss man eine Interessensabwägung machen, was darauf gebaut wird. Und es gibt nur wenige Ausnahmen, damit etwas gebaut werden kann. Der ganze südliche Perimeter, das betrifft den Pumptrack, das kleine Fussballfeld und die Beachvolleyanlage, sind in der Zone S3 und dort ist das Bauen möglich. Das ist ganz wichtig. Aber für das Bauen braucht es eine gewässerschutzrechtliche Bewilligung des Kantons und es gibt Auflagen. Wir sind beim Kanton dazu vorstellig geworden. Nicht erst jetzt, wir haben für die Erstellung der Dreifachturnhalle schon eine provisorische Baupiste gebaut. Es braucht einerseits die Bewilligung für den Bau und dann den Betrieb, der das sicherstellen muss. Wir waren mit dem Kanton sehr gut im Austausch. Da spricht man zum Beispiel von einem Havarie-Konzept. Was würde passieren, wenn ein Laster umkippt und Öl austritt? Für einen solchen Fall haben wir Sandsäcke bereit. Wir haben das Konzept, alle sind geschult, wie man schnellstmöglich handeln könnte. Das alles ist im Prinzip schon organisiert.

Wir holen heute von Ihnen einen Baukredit, damit wir das bauen können. Anschliessend würden wir die Baubewilligung eingeben und dann prüft es der Kanton formell. Wir haben uns diesbezüglich schon vorbereitet. Es kann auch sein, dass der Kanton noch zusätzliche Auflagen macht, die vielleicht noch bei den Kosten etwas wenig es Zusätzliches ausmachen würden. All diese Kosten würden wir Ihnen transparent ausweisen. Auch deshalb holen wir jeweils einen Baukredit plus/minus 15% ab, damit wir auf solche Sachen dann auch entsprechend eingehen können und vorbereitet sind.

Auf der Folie 16 ist auf dem Plan gelb eingezeichnet das Feld südlich von der Dreifachturnhalle. Dort sieht man die drei verschiedenen Schutz zonen. Hellblau ist die Schutzzone 3, die Schutzzone 2 ist ein bisschen weiter innen. Und die Schutzzone 1, diese ist dunkelblau, ist dort, wo die Entnahmebrunnen vom Grundwasser sind. Ich möchte be-

tonen, dass wir sehr sorgfältig damit umgehen. Wir waren mit dem Kanton diesbezüglich im Austausch. Wir hatten auch kürzlich eine Aussprache mit der Korporation. Dort ist uns die Zusammenarbeit auch wichtig. Die Korporation Baar-Dorf liefert uns Wasser. Auch dort stellen wir sicher, dass das Grundwasser nicht verschmutzt wird und ein höherer Stellenwert getragen wird. Dies zum Gewässerschutz.

Ein letztes Thema noch, bevor wir mit dem Bauprojekt anfangen. Die Anwohnerschaft ist informiert. Wir haben am 17. Januar eine Informationsveranstaltung durchgeführt, an welcher wir die Anwohnerinnen und Anwohner direkt informiert haben, was auf sie zukommt. Als erstes, bevor wir überhaupt mit der Umgebung anfangen, sanieren wir die Werkleitungen und die Kanalisation. Dazu erhalten die Anwohnerinnen und Anwohner in den nächsten Tagen einen Brief von uns. Darin stehen die Kontaktangaben, falls eine Thematik besprochen werden muss oder Fragen bestehen. Entsprechend haben wir in Aussicht gestellt, dass wir direkt mit den Anwohnerinnen und Anwohnern in Kontakt kommen, wenn wir auf ein Grundstück gehen. Zuerst sanieren wir bis im Sommer die Werkleitungen und erst dann würden wir den Oberbau machen. Es wäre schade, wenn man eine Umgebung macht und dann in fünf oder sechs Jahren merkt, dass man die Kanalisation auch noch sanieren muss. Dem sind wir zuvorgekommen.

Sonst haben wir keine weiteren einleitenden Bemerkungen. Wir sind selbstverständlich für Fragen für Sie da.

Jonas Utiger

Die erweiterte Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 ist eine Fortsetzung des schon abgeschlossenen Projekts Dreifachturnhalle Sternmatt 2 und Erweiterungsbauten Sternmatt 1, die bis im August von diesem Jahr geplanten Sanierungen und Umbauten der Schulbauten Sternmatt 1 und die mit diesen Projekten zusammenhängende Umgebungsgestaltung.

Vor allem, wir haben es schon gehört, führt der Erhalt der Einfachturnhalle im Vergleich zum Projekt, das im März 2024 von der Gemeindeversammlung abgelehnt wurde, zu grösseren Mehrkosten. Statt mit Rückbaukosten von CHF 480'000 wird mit Sanierungskosten von rund CHF 2,58 Millionen geplant. Dieser Entscheid berücksichtigt Resultate aus der Vernehmlassung mit den Kommissionen und Interessengruppen. Auch werden weitere Anpassungen im Vergleich zur Vorlage im März 2024 vorgenommen. Zum Beispiel ein verkleinertes Fussballfeld, ein Pumptrack, ein Schulgarten, ein Betriebsgebäude, eine vergrösserte Anlage für Beachvolleyball und Beachsoccer, eine Spielwiese, Aussenklassenräume und auch die Sanierung der Zufahrt zum Schularreal von der Inwilerstrasse her. Das führt zu einer geplanten Nettoinvestition von CHF 9,75 Millionen und somit im Vergleich zum Projekt 2024 zu Mehrkosten von rund CHF 3,91 Millionen. Diese Mehrkosten werden aus Sicht der RGPK transparent ausgewiesen und auch nachvollziehbar begründet. Dazu trägt auch die Zuordnung der Kosten zu den verschiedenen Aktionsfeldern bei.

Die RGPK begrüsst auch, dass Kommissionen und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schulen, der Vereine und der Baarer Bevölkerung aufgenommen und berücksichtigt wurden.

Fazit: Die RGPK unterstützt mehrheitlich den Antrag des Gemeinderats auf Genehmigung des Baukredits von CHF 9,75 Millionen für die erweiterte Umgebungsgestaltung

Sternmatt 2. Eine Minderheit der RGPK ist der Meinung, dass die erwähnten Mehrkosten von rund CHF 3,91 Millionen im Vergleich zum ursprünglichen Projekt unverhältnismässig hoch sind.

Roman Müller

Als Sprecher der Baukommission Baar darf ich Euch die erweiterte Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 näher vorstellen. An der Gemeindeversammlung vom 14. März 2024 wurde das Projekt der Umgebungsgestaltung der Dreifachturnhalle Sternmatt 2 besprochen und bei der Abstimmung von der Mehrheit an den Gemeinderat zurückgewiesen. Die Mehrheit hat sich auch dafür ausgesprochen, die bestehende Einfachturnhalle zu erhalten. Deshalb wurde ein neuer Planungsprozess gestartet. Die Ergebnisse wurden in der Schulkommission, Turn- und Sportkommission, Kinder- und Jugendkommission, unserer Baukommission und in der Rechnungs- und Geschäftsberufskommission präsentiert und besprochen. Auch haben sich Petitionäre aus der Nachbarschaft und der FC Baar dazu geäußert. Ziel der Kommissionen war es, möglichst schnell eine funktionierende Umgebung mit entsprechenden Anlagen für die Schulkinder sowie eine fixe Pumptrack-Anlage zu erhalten. Es ist auch sehr wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler schnell wieder eine Aussenanlage mit Sportmöglichkeiten erhalten.

Durch den Einbezug der vielen Kommissionen, des FC Baar und der Nachbarn sind auch viele wichtige und gute Inputs eingegangen und die Umgebung hat einen deutlichen Mehrwert erfahren. Gegenüber der Vorlage vom 14. März hat sich das Ganze nur wenig verändert. Dazu kam die Zufahrtsstrasse und die Parkierung von der Inwilerstrasse zum Schulhaus. Natürlich haben sich auch einige Standorte der Anlage durch den Erhalt der Einfachturnhalle verändert. Es sind auch die Pumptrack-Anlage, der Schulgarten und ein Betriebsgebäude dazugekommen, was vorher nicht Bestandteil war. Die erweiterte Umgebungsgestaltung umfasst jetzt 22'900 Quadratmeter Fläche. Davon sind 10'000 Quadratmeter für Sport- und Freizeitstrukturen vorgesehen. Für den Pausen- und Aufenthaltsbereich sind es 6'300 Quadratmeter und für ökologisch wertvolle Grünflächen 5'100 Quadratmeter. Darin sind 78 neue Baumpflanzungen, unter anderem für mehr Schatten für Kinder in der Pause, und 185 neue Sträucherpflanzungen enthalten. Zusammengefasst enthalten ist also eine Einfachturnhalle, die gemäss dem Beschluss erhalten bleibt, vielseitige Nutzungsmöglichkeiten für die Vereine und die Schulen im Aussenbereich, neu erstellte Beachvolleyball- und Beachsocceranlagen, ein Sportrasenfeld, das neu ein 9er-Fussballfeld ist, eine Street Workout-Anlage, ein Pumptrack, eine 80 Meter-Laufbahn, eine Weitsprunganlage, ein Schulgarten und ein Aussenklassenzimmer. Für die Öffentlichkeit sind diese Anlagen auch nutzbar. Hinzu kommen die Sanierung der Parkplätze vor dem Schulhaus sowie der Strasse und der Verbindungsweg vom Sternmattschulhaus, der noch begrünt wird. Auch der Schulhausplatz wird saniert und mit Bäumen erweitert.

Die ganzen Erweiterungen, die dazu gekommen sind, kosten natürlich auch mehr. Wir sind 2014 von Kosten von CHF 5,84 Millionen ausgegangen. Neu beantragt der Gemeinderat das vorliegende Projekt mit Kosten von CHF 9,75 Millionen mit einer Genauigkeit von plus/minus 15%. Hoffen wir natürlich eher auf ein Minus. Zusätzlich kommen Kosten für die Sanierung der Dachhaut der Zivilschutzanlage für CHF 538'400 und die Zufahrt Ost mit den neuen Parkplätzen für CHF 255'400 dazu. Das sind aber von Gesetz vorgeschriebene und gebundene Ausgaben. Auch nicht enthalten im Kredit sind die bereits bewilligten Planungskosten von CHF 252'000 für die Ausarbeitung des Projekts für die Gemeindeversammlung vom 14. März 2024.

Das ganze Projekt ist, wie wir vorhin gehört haben, in 14 Aktionsfeldern unterteilt. Ich verzichte darauf, diese detailliert aufzuzählen. In diesem Projekt wird Kunst am Bau umgesetzt. Das sind CHF 100'000 für das Projekt, über das wir heute sprechen, und CHF 75'000 für die Sanierung Sternmatt 1. Also gesamthaft CHF 175'000. Die Ausschreibung für Künstler wird erst gestartet, wenn der Baukredit bewilligt ist. Kunst am Bau führt bei uns in der Kommission immer zu tiefgründigen Diskussionen. Schliesslich wissen wir nicht, was umgesetzt wird und dementsprechend ist es schwierig, zu sagen, was wir dann wirklich unterstützen und wozu wir Ja sagen. Wir begrüßen mehrheitlich Kunst, die man auch anfassen und möglicherweise sogar begehen kann. Dies gerade in einer Schulanlage, wie beispielsweise die Pyramide des Wiesental-schulhauses, wo ich selber zur Schule gegangen bin und bei der ich ganz viel auf- und herabspringen konnte.

Der Baustellenbetrieb und die Sicherheit sind mit der Zufahrt gewährleistet, das haben wir vorher gehört. Die alte Zufahrt bleibt bestehen und der Baustellenverkehr wird hauptsächlich darüber abgewickelt.

Sollte heute Abend die Gemeindeversammlung dieses Projekt unterstützen, so würden die ersten Bauarbeiten diesen Sommer beginnen. Im Herbst 2028 sollte dann alles abgeschlossen sein.

Eine attraktive Umgebung und Sporthallen sorgen auch immer für viel Verkehr. Deshalb hat die Gemeinde als Grundlage für ein Verkehrskonzept eine Verkehrserhebung in Auftrag gegeben. Sie hat gezeigt, dass vor allem am Schulanfang und am Schulschluss am Tag sowie am Abend bei den Vereinen die sogenannten Elterntaxis für den Mehrwert aufkommen. Neu wird gemäss Studie ein Halteverbot auf der Inwilerstrasse und bei der Zufahrt zum Schulhaus Sternmatt 2 eingeführt. Man muss also einen bestehenden Parkplatz nutzen, um ein Kind abzuladen. Weiter soll mit Hinweisen und Beschilderungen die Tiefgarage im Schulhaus Sternmatt 1 besser bekannt werden, da dort abgeladen werden sollte.

In der Baukommission haben wir das vorliegende Projekt in vielen Sitzungen von Anfang an intensiv und eng begleitet. Wir haben viele Anträge als beratendes Gremium zu Händen des Gemeinderats gestellt. Wir waren auch eng in den Projektprozess eingebunden und konnten in allen Bereichen sehr kritische Fragen stellen. Auch sind in unserer Kommission zwei Mitglieder direkte Anwohner. Ein grosses Anliegen war uns, die Kosten-Nutzen-Abwägung zu machen, gerade im Zusammenhang mit der Sanierung der Einfachturnhalle und der Weiterentwicklung einiger Aktionsfelder. Durch die intensiven Diskussionen kann die Halle für CHF 2,39 Millionen für die nächsten 20 Jahre nutzbar gemacht werden. Geschätzt wurden die Kosten, wie wir vorher gehört haben, ursprünglich auf CHF 4,5 Millionen.

Auch haben wir Vorschläge zur Redimensionierung des Betriebsgebäudes und weiteren Kosten gemacht. Weiter sind auf unserer Seite auch Vorschläge für Funktionalität und Einbettung in die Umgebung dieses Projekts gemacht worden. Auch war es in der Baukommission ein grossmehrheitliches Anliegen, dass die bestehende Anzahl Parkplätze bestehen bleibt. Das sind die bei der Einfahrt Sternmatt 2. Das kann mit einer besseren Anordnung erreicht werden.

Wir sind klar der Überzeugung, dass das überarbeitete Projekt gegenüber dem zurückgewiesenen Projekt eine deutliche und qualitative Verbesserung erfahren hat. Wir betrachten das Projekt als inhaltlich überzeugend, funktional tragfähig und gestalterisch

ausgewogen. Vor allem der Pumptrack wird von uns als grossen Mehrwert für die Anlage und die Gemeinde Baar wahrgenommen. Auch stellen wir fest, dass die im Rückweisungsentscheid der Stimmbevölkerung formulierten Anliegen angemessen berücksichtigt wurden. Wir erachten das vorliegende Projekt als eine solide Grundlage für die nächsten Planungsschritte und unterstützen den Baukredit einstimmig. Wir werden das Projekt weiterhin eng begleiten und danken für Eure Unterstützung.

Walter Lipp

Es ist mir und sicher auch dem Gemeinderat ein Anliegen, dass die Kunst im öffentlichen Raum, wir machen nicht Kunst am Bau, etwas ist, das wir anfassen können. Wir möchten gerne etwas Schönes machen, das die Kinder anfassen können. Und ich möchte erwähnen, dass wir bei Krediten von CHF 172 Millionen, die man kürzlich gesprochen hat, sage und schreibe CHF 375'000 für Kunst im öffentlichen Raum oder Kunst am Bau ausgegeben haben. Ich denke, das ist vertretbar. Wir werden uns sehr Mühe geben.

Fabienne Roschi

Wir beraten heute ein Projekt, das begeistert, aber auch Fragen aufwirft. Denn knapp CHF 10 Millionen sind kein Pappenstiel. Es ist gut, dass wir uns die Frage stellen, ob es das alles wirklich braucht. Ich glaube, der eine oder andere hier hat sich die Frage auch gestellt, ob es nicht ein bisschen viel ist. Brauchen wir das wirklich alles? Und ich finde, diese Frage müssen wir ernst nehmen.

Gute Finanzen sind kein Freipass, Geld einfach so auszugeben. Sie sind vielmehr eine Verpflichtung, sinnvoll und mit Weitsicht zu investieren. Ich finde, die entscheidende Frage lautet also nicht, ob es teuer ist, sondern vielmehr, ob es eine kluge Investition ist. Es geht um eine Infrastruktur, die wir über Jahrzehnte nutzen werden. Kinder brauchen Platz, Vereine brauchen Trainingsmöglichkeiten, Jugendliche brauchen attraktive Aufenthaltsorte. Gerade weil wir finanziell so gut dastehen, sollten wir den Mut haben, qualitativ gut zu bauen. Halbherzige Lösungen sind am Ende oft immer die teureren.

Es wird nicht einfach neu gebaut, es wird Bestehendes saniert und weiterentwickelt. Das zeigt, dass nicht überdimensioniert, sondern strukturiert, nachhaltig und vor allem mit Augenmass geplant wird. Wir von der Schulkommission glauben, dass wir heute ein Signal setzen können. Ein Signal, dass wir unsere finanzielle Stärke sinnvoll einsetzen. Nicht für Prestige, sondern für unsere Kinder, für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehrpersonen, für die Vereine und unsere Bevölkerung. Die CHF 9,75 Millionen stehen für ein Projekt, das über Jahrzehnte einen Mehrwert schaffen wird. Wir von der Schulkommission sind überzeugt, wenn eine Gemeinde wie Baar mit einer so guten finanziellen Lage nicht in Bildung, Bewegung und Lebensqualität investiert, wer dann? Deshalb bitten wir von der Schulkommission Sie, dem Baukredit zuzustimmen. Nicht leichtfertig, sondern vielmehr überzeugt, dass es eine verantwortungsvolle und zukunftsgerichtete Entscheidung ist.

Markus Büttiker

Die Turn- und Sportkommission befürwortet die neue vorliegende Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 mit diversen Sport- und Freizeitflächen sowie den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Einfachturnhalle. Das überarbeitete Gestaltungskonzept hat eine gelungene und wertvolle Aufwertung der gesamten Anlage erfahren. Es verspricht einen deutlichen Mehrwert mit attraktiven Sport-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die unterschiedlichsten Nutzungsgruppen. Für die Schulen, für die Vereine und für die ganze Bevölkerung von Baar. Besonders wichtig ist für die Turn- und Sportkommission, dass mit der Sanierung und Weiternutzung der bestehenden Einfachturnhalle ein zentrales Anliegen aufgenommen wurde. Anstatt funktionierende Infrastruktur schnell aufzugeben, wird sie sinnvoll erneuert und weiter genutzt. Mit Investitionen von rund CHF 2,4 Millionen wird die Nutzungsdauer um weitere 20 Jahre verlängert. Das ist aus unserer Sicht eine verhältnismässige, nachhaltige und verantwortungsvolle Investition. Die bestehende Einfachturnhalle bleibt damit ein wichtiger Bestandteil der Trainingsinfrastruktur. Sie schafft zusätzliche Flexibilität bei den Hallenzuteilungen und bietet insbesondere Vereinen mit kleinerem Platzbedarf weiterhin geeignete Trainingsmöglichkeiten. Der neue 9er-Naturrasenplatz trägt als sinnvolle Lösung zu einem attraktiven und vielseitigen Aktivitätsangebot bei. Dank der geplanten Bewässerungsanlage kann der Platz optimal genutzt werden, während eine moderne Beleuchtung eine klare zeitliche Steuerung der Nutzung ermöglicht.

Durch den frühzeitigen Einbezug verschiedener Gremien und Interessensgruppen konnte ein breit abgestütztes und ausgewogenes Konzept entwickelt werden, welches die Bedürfnisse der verschiedenen Nutzergruppen sowie der Anwohner weitgehend berücksichtigen konnte. Die Entwicklung von diesem neuen Gestaltungskonzept darf also als wegweisend für zukünftige Entwicklungen von Sportanlagen in der Gemeinde Baar beurteilt werden. Es ist eine Investition in Bewegung, Begegnung und Lebensqualität in unserer Gemeinde. Mit der erweiterten Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 entsteht eine moderne, vielseitige und zukunftsfähige Sport- und Bewegungsanlage für Baar. Auf Anträge zum vorliegenden Konzept kann die Turn- und Sportkommission damit mit grosser Zuversicht verzichten. Im Namen der Turn- und Sportkommission bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und empfehle Ihnen, den Baukredit für dieses Projekt zu genehmigen.

Roger Bürgisser

Im Namen der Kinder- und Jugendkommission danke ich dem Gemeinderat dafür, dass er die im Jahr 2024 gestellten Anträge für mehr öffentliche Begegnungsorte und den fixen Pumptrack bei der Umgebungsgestaltung vom Sternmatt 2 so gut berücksichtigt hat. Dank der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Verwaltung, der Mitwirkung der Interessensvertretungen und der Expertise eines Pumptrack-Bauers entsteht dort ein moderner Treffpunkt für Familien, Grosseltern mit ihren Enkeln, Kinder und Jugendliche und auch für Bike-Begeisterte. Auch wenn es erst im Jahr 2028 fertiggestellt wird, wir freuen uns jetzt schon auf tolle Begegnungen und können es kaum erwarten, endlich die ersten Runden auf dem fixen Baarer Pumptrack zu fahren.

Thomas Gwerder

Ich spreche im Namen der Mitte zu diesem Geschäft. Nach der Rückweisung der damaligen Vorlage an der Gemeindeversammlung im März 2024 hat der Gemeinderat

den Planungsprozess neu gestartet und die Ausarbeitung von zwei Varianten in Auftrag gegeben. Diese zwei Varianten mit und ohne Erhalt der Einfachturnhalle hat der Gemeinderat für die Vernehmlassung in die Kommissionen und weiteren Interessensgruppen gegeben. Zu den neuen Plänen haben sich die Baukommission, die Turn- und Sportkommission, die Schulkommission, die Kinder- und Jugendkommission, die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, die Leute aus der Nachbarschaft sowie der FC Baar geäußert. Die Vernehmlassung hat eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass sich die Mehrheit für den Erhalt der Einfachturnhalle ausspricht. Die nun vorliegende überarbeitete Umgebungsgestaltung überzeugt dank ihrer Vielseitigkeit und wird den Bedürfnissen von Schulen, Vereinen und der Bevölkerung gerecht.

Zusammenfassend hat die damalige Rückweisung zu einer Überarbeitung des Projekts geführt, wodurch die ganze Umgebung einen deutlichen Mehrwert erhalten hat. Dieser Mehrwert hat zwar seinen Preis, aber die Bevölkerung erhält einen attraktiven öffentlichen Raum mit hoher Qualität. Die Mitte stimmt dem Baukredit einstimmig zu.

Urs Andermatt

Da müssen Sie jetzt durch. Sie werden das heute Abend drei, vier Mal hören. Ich vertrete die FDP Baar. Wir behandeln hier zum zweiten Mal ein Geschäft, das Baar in der Vergangenheit stark beschäftigt hat. 2024 ist das durch Sie, liebes Stimmvolk, an den Gemeinderat mit verschiedenen Punkten zurückgeschickt worden. Inzwischen haben der Gemeinderat und die Kommissionen gearbeitet und ihre Aufgaben gemacht.

Die FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die sehr gute Aufbereitung und Beschreibung des Projekts in der Vorlage. Ich nehme es gleich vorweg: Die FDP hat an der Parteiversammlung beschlossen, den Baukredit von CHF 9,75 Millionen für die erweiterte Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 zu unterstützen. Die Gemeinde Baar ist seit längerer Zeit baulich sehr stark im Schulbereich unterwegs. Sie sehen das, es werden verschiedenste Schulanlagen gebaut. Man hat also Verfehlungen aus der Vergangenheit aufgenommen, setzt sie um und es wird investiert. Und ja, die Gemeinde Baar kann und darf sich das leisten.

Im Jahr 2024 wurde die erste Auflage des Projekts durch den Souverän zurückgewiesen. Verschiedene Punkte wurden angebracht und an die Gemeinde zur Überarbeitung gegeben. Eine der grössten Positionen des Souveräns war, dass die bestehende Einfachturnhalle erhalten bleibt. Die Gemeinde hat ihre Hausaufgaben gemacht. Dass das nicht zum selben Preis gemacht werden kann wie ein Abbruch, ist realistisch und klar. Die grafischen Darstellungen auf den Seiten 8 und 9 und Seite 13 zeigen sehr klar, was gemacht wird und was wir bekommen. Wer sich Zeit genommen hat, die Ausführungen zu lesen, es sind doch fast 20 Seiten, hat auch den Überblick. Die verschiedenen Anliegen, ich wiederhole es jetzt auch noch einmal, der Baukommission, der Turn- und Sportkommission, der Schulkommission, der Kinder- und Jugendkommission, des FC Baar, der Pensionäre und der Nachbarschaft wurden gehört und sind entsprechend eingebunden worden. Die FDP ist sich sicher, dass weiterhin noch Forderungen bestehen. Wir sind uns sicher, dass nicht alle glücklich sind. Aber es können auch nie alle glücklich sein.

Die FDP findet die vorhandene Lösung stimmig. Das Projekt umfasst Aktionsfelder 0 bis 14. Ich komme zwar auf 15, aber vielleicht habe ich hier falsch gezählt. Zu diesen 15 Aktionsfeldern komme ich dann noch einmal. Die FDP begrüsst die sehr gute Beschreibung der einzelnen Aktionsfelder, welche auch mit einem Preisschild versehen

sind. Die RGPK, die Baukommission, die Schulkommission und die Turn- und Sportkommission unterstützen das Projekt grossermehrheitlich. Wir haben in diesem Text Adjektive von sehr gelungen und äusserst durchdacht über deutliche Qualitätssteigerung, solide Grundlagen für die nächsten Planungsschritte, zukunftsweisend, inhaltlich überzeugend, funktional, tragfähig und gestalterisch ausgewogen. Was wollen Sie noch mehr? Wir sollten diesen Kommissionen aber auch vertrauen, denn die FDP ist überzeugt, dass sie ihre Aufgaben gemacht haben. Wofür hätte man sie denn sonst? Das ist etwas, was wir hier im Baar immer hochschätzen. Die Gemeinde Baar und die Kommissionen haben gute Arbeit geleistet. Jetzt ist es Zeit für den nächsten Schritt.

Zum Thema Kosten. Natürlich sind die Kosten um einiges höher. Dies sind die CHF 3,91 Millionen gegenüber der Vorlage aus dem Jahr 2024. Die Mehrkosten sind unserer Meinung nach auf Seite 22 sehr gut beschrieben. Der Hauptbetrag der Mehrkosten wird für die Sanierung der Einfachturnhalle benötigt. Das haben Sie schon gehört. Der Wille des Souveräns ist somit aufgenommen und umgesetzt. Wir wissen alle, dass ein detailliert ausgeführtes Preisschild noch ändern kann. Es heisst ja plus/minus 15%. Somit kann der Preis auch sinken, das hat einer meiner Vorredner schon gesagt. Leider sieht man das nicht sehr oft. Ich komme noch schnell zu diesen plus/minus 15%. Ich hatte einmal einen Lehrer im Studium, der sagte, dass wenn man so grosse Summen auf Hunderter genau festlegen kann, dann kann man vielleicht auch die plus/minus 15% eingrenzen.

Die FDP erwartet vom Gemeinderat das entsprechend enge Begleiten der bereits detailliert aufgezeigten Arbeiten. Und ja, wir würden uns beim Abschluss der Rechnung sehr freuen und gerne sehen, dass eben Bereiche auch minus 15% haben. Wir erwarten während dieser Realisation entsprechende Transparenz seitens des Gemeinderats. Wir haben ja jetzt eine eigene Zeitung, wo man vielleicht einen Beitrag veröffentlichen kann, wie der Fortschritt und die Preise aussehen. Eine aktive Information kann nicht schaden.

Ich komme zum Schluss. Der FDP unterstützt den Antrag für den Baukredit von CHF 9,75 Millionen für die Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 voll und ganz. Ich bitte Sie, dem Antrag zu folgen.

Martin Zimmermann

Wir von den Grünliberalen haben diese Vorlage auch mit hoffnungsvollen Gedanken studiert und mussten feststellen, dass sich die Rückweisung an diesem denkwürdigen Abend gelohnt hat. Mit allen Superlativen, die hier schon mehrfach erwähnt wurden, möchte ich sie nicht belästigen, weil ich nicht will, dass es wieder gleich lang wie damals geht, als es halb zwölf Uhr geworden ist. Das können wir heute hoffentlich vermeiden.

Wir haben zwei Punkte, die ich ansprechen möchte. Wir haben die Kosten angeschaut, da es Mehrkosten gibt. Wir haben geschaut, ob sie auch sinnvoll investiert sind. Sind die CHF 9,75 Millionen gut investiert? Und wir stellen fest, dass es sich auch dort gelohnt hat.

Beim Verkehrskonzept haben wir gewisse Zweifel betreffend Haltebereich an der Inwilerstrasse, ob es sich so durchsetzen lässt, wie es vorgesehen ist. Dass die Erschliessung über das Sternmatt 1 geht, ist absolut richtig und auch, dass man das so machen sollte. Aber wir haben einige Bedenken, ob es dann auch so gelebt wird. Man will ja nicht, dass dort die ganze Zeit Leute patrouillieren müssen, damit es so durchgesetzt

wird. Nichtsdestotrotz sind auch die Grünliberalen einstimmig für die Vorlage und bitten Sie ebenfalls, dieser zuzustimmen.

Rahel Utiger

Wir entscheiden heute zum zweiten Mal über den Kredit der Umgebungsgestaltung Sternmatt 2. Das Projekt der Umgebungsgestaltung inklusive der Renovation der Einfachturnhalle Sternmatt 2 ist für Kunstrad Baar mehr als eine bauliche Massnahme. Es ist auch eine Investition für unsere doch erfolgreichen Vereine.

Wir wurden letzten Sommer über den Planungsstand informiert. Für das offene und transparente Gespräch möchten wir uns herzlich bei Sonja Zeberg und Thomas Huber bedanken. Mit dieser Möglichkeit, künftig in einer neu renovierten Turnhalle mit neuem Boden trainieren zu dürfen, können wir sehr positiv in die Zukunft blicken. Wie Sie wissen, ist gerade für diesen Sport, aber auch für das Rhönrad, ein geeigneter Boden zentral. Er ist die Grundlage für Sicherheit, Präzision und sportliche Entwicklung. Ein Parkettboden schafft optimale Trainingsbedingungen und ermöglicht es uns auch, unsere Sportlerinnen und Sportler noch gezielter zu fördern. Gleichzeitig entsteht eine Win-Win-Situation, denn die Turnhalle Dorfmatte, in der wir jetzt trainieren, kann künftig besser auf die Bedürfnisse der Primarschule Dorfmatte abgestimmt werden. Schule und Vereine erhalten somit Räume, die ihren jeweiligen Anforderungen gerecht werden. Das schafft Klarheit, verbessert die Nutzung und stärkt beide Seiten. Wir sind überzeugt, dass wir mit der Annahme dieses Kredits nicht nur in Beton und Parkett investieren, sondern auch in ein attraktives Vereinsleben in Baar.

Im Namen von Kunstrad Baar danken wir Ihnen herzlich und empfehlen Ihnen, dem Kredit für die Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 zuzustimmen.

Jonas Gössi

Ich nehme für die SP Baar zur Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 Stellung. Während meiner Schulzeit durfte ich die Einfachturnhalle im Sternmatt 2 selber nutzen. Deshalb kenne ich die heutigen Unzulänglichkeiten, wie zum Beispiel die grosse Hitze im Sommer, aus eigener Erfahrung. Die Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 ist einerseits nicht optimal verlaufen, andererseits hat sie aber dazu geführt, dass wir heute ein viel besseres Projekt haben.

Ursprünglich wurde die Umgebungsgestaltung bewusst nicht in die Vorlage zum Bau der Dreifachturnhalle aufgenommen, um den Bau möglichst rasch realisieren zu können. Erst rund neun Monate nach der Eröffnung konnten wir an der Gemeindeversammlung über den Kredit für die Umgebungsgestaltung abstimmen. Idealerweise werden die Hochbauten und die Umgebung direkt zusammen fertiggestellt. Bezüglich der bestehenden Einfachturnhalle hat die Gemeinde im Rahmen der Umgebungsgestaltung keine Massnahmen vorgesehen bzw. wollte sie ohne Ersatz zurückbauen. So wie das übrigens in der Urnenvorlage zum Baukredit für die Dreifachturnhalle transparent aufgeführt worden ist. Gleichzeitig waren in der Vorlage Varianten wie Totalsanierung oder Teilsanierung mit den entsprechenden Kosten nur informationshalber aufgeführt. Der Soverän, also wir, hat sich aber mehrheitlich gegen den Abriss der Einfachturnhalle ausgesprochen. Mit einem erfolgreichen Rückweisungsantrag hat der Gemeinderat den Auftrag erhalten, das Projekt zu überarbeiten. Die SP ist der Meinung, dass sich diese Zusatzrunde gelohnt hat. Das Projekt ist vielfältiger geworden und

schafft einen deutlichen Mehrwert gegenüber der ersten Vorlage. An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten hinter diesem Projekt ein grosses Kompliment aussprechen. Die vorliegende Vorlage ist ausserordentlich transparent und die verschiedenen Themenbereiche sind in klaren Aktionsfeldern gegliedert. Zu jedem Aktionsfeld gibt es eine Beschreibung, einen Terminplan sowie die zu erwartenden Kosten.

Noch zwei, drei Sätze zur geplanten Einfachturnhalle. Vorgesehen ist kein umfassender Umbau oder Ausbau, sondern eine zweckmässige Modernisierung mit den nötigen Massnahmen, damit sie während rund 20 Jahren weiter betrieben werden kann. Aus Erfahrung wissen wir aber, dass Provisorien oft deutlich länger genutzt werden, als ursprünglich geplant. Im Vergleich zu einem Neubau hat die Lösung zudem eine deutlich bessere Ökobilanz, weil wesentlich weniger graue Energie anfällt.

Zum Schluss noch eine kritische Anmerkung. Der Beitrag für Kunst im öffentlichen Raum fällt einmal mehr sehr bescheiden aus. Man hätte hier durchaus mutiger sein können. Der SP Baar ist es ein Anliegen, dass das Sternmatt 1 und Sternmatt 2 gemeinsam angeschaut werden. Deshalb stimmt die SP Baar sowie auch die Alternative – die Grünen Baar dem Antrag des Gemeinderats zu und dankt allen Beteiligten.

Michael Riboni

Bei diesem Traktandum trage ich drei Hüte. Mit dem Hut als Mitglied der SVP Baar spreche ich heute Abend zu Ihnen. Ich bin aber auch Mitglied der Baukommission und wohne selber an der Inwilerstrasse, bin also Anwohner. Und mit all den drei Hüten kann ich sagen, dass die Rückweisung vor zwei Jahren im Nachhinein absolut richtig war. Wir haben heute eine Vorlage, die zwar unbestritten teurer ist, aber eben auch besser. Besser für die Vereine, Stichwort Einfachturnhalle, und besser für die Anwohnerschaft. Das Sportrasenfeld ist kleiner, es wurde redimensioniert. Und ich glaube, die Vorlage ist auch aus der Optik der Schulen und der Gesamtbevölkerung besser. Das Areal wird aufgewertet. Wenn es eine Steuervorlage wäre, würde der Regierungsrat wohl sagen, es sei ein Mehrwert für alle. Das Projekt, so wie es jetzt vorliegt, ist deshalb im Grundsatz auch für die SVP Baar unbestritten. Es geht um sehr viel Geld, das ist uns, glaube ich, allen bewusst, aber dank unserem äusserst soliden Finanzhaushalt können wir uns in Baar dieses Projekt leisten.

Den Mahnfinger der SVP erhebe ich bei der Verkehrsthematik. Wie erwähnt wohne ich selber an der Inwilerstrasse, im Haus angrenzend an die Zufahrtsstrasse und die Parkfelder. Seit der Inbetriebnahme der Dreifachturnhalle hat sich die Verkehrssituation und die Parkierung, im Bereich der Inwilerstrasse und der Zufahrtsstrasse zum Sternmatt 2, verschärft. Ich würde sogar sagen, massiv verschärft. Vor allem am Abend. Zuparkierte gesuchte Parkplätze, Mami- und Papi-Taxis, die Kinder vom Training oder Schulsport abholen. Die Folge ist, dass die Kolonne, wegen Zuparkierungen auf der Zufahrtsstrasse und dem Rückstau, ab und zu sogar bis in die Inwilerstrasse geht. Und auch am Wochenende, wenn Turniere in der Dreifachturnhalle stattfinden, haben wir das gleiche Bild. Alles wird zuparkiert. Erklären Sie mal in einem Auswärtigen, der Baar nicht kennt und seinen Sohn einfach an ein Handballturnier in Baar begleitet, der mit dem Auto vor dem Sternmatt 2 steht, wie er durchs Dorf in die Tiefgarage Sternmatt 1 kommt. Er weiss einfach, dass das Turnier des Sohnmanns im Sternmatt 2 stattfindet, gibt das in seinem Navi ein, steht dann da und sucht eben einen Parkplatz.

Der Gemeinderat weiss um die prekäre Situation. Er weiss, dass jeder Parkplatz weniger bei uns die Situation zusätzlich verschärft. Ich habe es deshalb schon als irritierend

empfundene, dass wir in der Baukommission mehrfach massiven Druck aufsetzen mussten, damit die heutige Anzahl an Parkplätzen nicht reduziert wird. Auch angeschaut werden muss sicher nochmals das in der Vorlage erwähnte Verkehrskonzept. Ein Halteverbot, vor allem im Bereich des Abbiegers Inwilerstrasse zu dieser Zufahrtsstrasse ins Sternmatt 2, wird das Problem nämlich nicht lösen. Eltern-Taxis verschwinden nicht einfach so. Gerade im Winter, wenn es dunkel ist, vielleicht noch neblig, wird es weiterhin Eltern geben, die ihre Kinder, mit dem Auto ins Training oder in den Schulsport fahren und auch wieder abholen und nicht quer durch die Gemeinde nach Hause laufen lassen. Die Eltern-Taxis halten dann einfach irgendwo weiter vorne an, vielleicht im Bereich Abzweiger Sonnenweg. Das Problem wird sich so also einfach verlagern. Das Halteverbot, so wie es jetzt vorgesehen ist, bringt nichts. Es benachteiligt vielmehr die direkte Anwohnerschaft beim Güterumschlag. Eine mögliche Alternativlösung wäre vielleicht eine sogenannte Kiss-and-Ride-Zone, wie beim Bahnhof in Zug. Eine definierte Fläche, wo man anhalten und jemanden ein- und aussteigen lassen und dann wieder wegfahren kann. Auch ein Parkleitsystem, das vor allem Auswärtigen bereits ab der Kreuzung Süd Zugerstrasse, also wenn sie ab der Autobahn kommen, signalisiert, wo die Tiefgarage Sternmatt 1 ist, könnte eine Lösung sein. Deshalb, lieber Gemeinderat, geht da bitte nochmal über die Bücher.

Zum Schluss komme ich noch zur Beleuchtung vom Sportrasenfeld. Wir wissen, dass diese Beleuchtung bei den direkten Anwohnern umstritten ist. Ich bin nicht persönlich betroffen, wie gesagt, ich wohne an der Zufahrtsstrasse und blicke nicht auf das Feld. Der Gemeinderat weiss das und deshalb versucht er, die Anwohner zu beruhigen, indem er in der Vorlage auf der Seite 15 ausführt, dass die Betriebszeiten grundsätzlich bis 21.15 Uhr beschränkt sind. Grundsätzlich, was auch immer das heisst. Aber mit diesen Betriebszeiten macht eine Beleuchtung nach meiner oder der Meinung der SVP, einfach keinen Sinn. Im Herbst und im Winter sind die Rasenfelder nämlich gesperrt, sogar heute noch. Wenn es draussen schön ist, sehen Sie bei den meisten oder eigentlich allen Rasenplätzen die Tafel, dass der Rasenplatz oder der Platz gesperrt ist. Im Frühling und im Sommer, vor allem während der Sommerzeit, geht die Sonne plus/minus um 21 Uhr unter. Es braucht keine Beleuchtung, wenn sie nur bis 21.15 Uhr eingeschaltet werden kann. Und was für ein Rasenfeld wird überhaupt realisiert? Es wird kein Erwachsenen-Sportfeld mehr, sondern ein 9er-Fussballfeld realisiert. Das ist im Fussball die Spielfeldgrösse bis zu den D-Junioren. Das sind 11- und 12-Jährige. Ihre Trainings sind am Abend um 8 Uhr fertig. Das kann man im Online-Trainingsplan beispielsweise vom FC Baar anschauen. Der FC Baar und der Vereinssport gehören sowieso nicht in die Quartiere. Dafür gibt es das Lättich. Dort soll der FC seine Heimat haben und nicht verteilt über die ganze Gemeinde. Und genau dafür wollen wir als Gemeinde den Sportperimeter Lättich weiterentwickeln und zu einer Multisportanlage umfunktionieren. Das ist ein Beschluss der Gemeindeversammlung vom letzten Dezember, ein Antrag der Korporation, der deutlich angenommen wurde. Das Rasenfeld im Sternmatt 2 wird also hauptsächlich von den Schulen genutzt werden. Die Schulen sind spätestens, würde ich sagen, um 17 Uhr fertig. Sie brauchen diese Beleuchtung nicht. Und andere grössere Veranstaltungen von Vereinen, wie beispielsweise das Abendschwingen, Musikfest oder was auch immer, finden auf der grösseren, viel zentraler gelegenen Dorfmatthewiese statt. Diese hat bereits eine funktionierende Beleuchtung. Sie sehen, diese Beleuchtung braucht es nicht, sie macht keinen Sinn. Das ist aus Sicht der SVP unnötiger Schnickschnack, der einzig und allein die Anwohner verärgert und unter Umständen allenfalls noch Einsprachen provoziert, die am Schluss sogar noch das ganze Projekt, wie gesagt, eigentlich ein gutes Projekt, verzögern. Wenn es nicht vorwärts geht, sind die Leidtragenden die Schülerinnen und

Schüler. Die SVP will das nicht. Wir stellen deshalb den Antrag, auf die Beleuchtung des Sportrasenfelds zu verzichten. Leerrohre kann man selbstverständlich einlegen, falls man später, in zehn Jahren oder wann auch immer, doch zum Schluss kommen sollte, dass man dort nachrüsten muss. Dann könnte man einfach nachrüsten. Heute aber braucht es die Beleuchtung so nicht bzw. macht sie so, wie es der Gemeinderat vorschlägt, keinen Sinn.

Fazit der SVP. Ein gutes Projekt, bitte zustimmen, aber ohne Beleuchtung. Und, Damen und Herren Gemeinderäte, bitte gehen Sie beim Verkehrskonzept nochmal über die Bücher, das geht besser.

Hans Dossenbach

Ich spreche heute als Vertreter der Petitionäre, als direkten Anwohner und im Namen von weiteren Anwohnerinnen und Anwohnern der Inwilerstrasse, die von der erweiterten Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 direkt betroffen sind. Ich möchte vorweg festhalten, dass wir der erweiterten Umgebungsgestaltung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Die Qualität des überarbeiteten Projekts hat sich deutlich verbessert, auch wenn die Anliegen unserer Petition leider keine Berücksichtigung gefunden haben.

Aus unserer Sicht bleiben immer noch zwei zentrale Punkte problematisch. Erstens lehnen wir die Nutzung des neuen Fussballfelds für Trainings und Spiele des FC Baar ab. Wir sprechen uns gegen die Einrichtung einer Flutlichtanlage aus. Begründungen dazu: Erstens der Lärm. Trainings- und Spielbetrieb führen zu dauerhaftem Lärm, insbesondere durch Zurufe und Traineranweisungen. Trainingsplätze in Wohngebieten machen aus unserer Sicht keinen Sinn. Alternativen sind vorhanden. Die Gemeinde sagt, das Gebiet Lättich lasse sich zeitnah zu einem Multisportgebiet weiterentwickeln. Die dazu notwendigen Mittel haben wir an der letzten Gemeindeversammlung erhalten. Bitte startet damit.

Lichtemissionen und längere Betriebszeiten. Die Flutlichtanlage führt zu zusätzlichen Lichtemissionen und verlängert die Nutzungszeiten am Abend. Wir bezweifeln auch, dass die Begrenzung bis 21.15 Uhr, die in der Vorlage erwähnt ist, zuverlässig eingehalten wird. Ein weiterer Punkt sind vermehrte Verkehr- und Sicherheitsprobleme. Ein erweitertes Sportangebot führt zwangsläufig zu mehr motorisiertem Verkehr. Bereits mit der Eröffnung der Dreifachturnhalle hat dies stark zugenommen. Analysen haben das auch gezeigt. Eltern-Taxis, insbesondere bei Juniorenteams, haben bereits zu schwierigen Strassen- und Parksituationen geführt. Quartierstrassen sind für diese Belastung nicht ausgelegt, was die Sicherheit für Kinder, die zu Fuss und mit dem Velo unterwegs sind, beeinträchtigt. Eine Nutzung dieses Rasenfelds durch den FC Baar würde diese Situation massiv verschärfen. Ein Halteverbot, das man als Verkehrskonzept vorgesehen hat, ist für die Anwohner ebenfalls einschränkend und wird auch von den Anwohnern als nicht zielführende Lösung angeschaut.

Aus diesen Gründen stelle ich ebenfalls den Antrag auf Verzicht der Errichtung der Flutlichtanlage und zusätzlich auf Verzicht der Nutzung der Rasenfläche für Trainings für den FC Baar bzw. für Spiele. Besten Dank für die Aufmerksamkeit und für die Unterstützung der Anträge.

Walter Lipp

Zur Beleuchtung kann ich sagen, dass der Gemeinderat die Bedürfnisse aller Benutzerinnen und Benutzer abgeholt hat und ihnen entsprechen wollte. Daher spricht er sich nach wie vor für die Beleuchtung aus. Über den Antrag werden wir abstimmen. Die Nutzung hingegen ist Sache des Gemeinderats mit der sogenannten Nutzungsordnung. Darüber kann der Souverän nicht abstimmen, weil das im Kompetenzbereich des Gemeinderats ist. Wir nehmen das aber selbstverständlich auf. Wir haben noch eine Hausaufgabe von der letzten Gemeindeversammlung und diese werden wir entsprechend lösen. Es war eine Diskussion, dass man von Anfang an Einschränkungen macht.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Hans Küng sagt noch etwas zum Verkehr.

Hans Küng

Der Verkehr wurde mehrmals genannt. Es ist auch dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass man das anschaut. Ich bin selber Anwohner der Inwilerstrasse und ich sehe diese Situation, gerade an den Wochenenden, auch. Wir haben in der Vorlage auf Seite 20 beschrieben, was wir alles machen möchten. Es gibt aber noch weitere Massnahmen und diese möchte ich Ihnen kurz erläutern. Die Situation haben wir heute nicht nur im Sternmatt 2, sondern auf den meisten Schularealen. Es ist ein gesellschaftliches Thema, das sich hier auftut. Wir müssen das nicht nur im Sternmatt 2 lösen, sondern überall. Aber Fakt ist, dass wir im Sternmatt 1 eine Tiefgarage haben, die sehr schlecht genutzt wird. Und hier bin ich bei Michael Riboni, wir müssen diese viel besser beschildern. Es nützt sicher auch, wenn der Durchgang vom Sternmatt 1 zum Sternmatt 2 instand gestellt ist, dann wirkt es freundlicher und man muss nicht über die ganze Baustelle. Wir machen es jetzt schon und wir werden auch zukünftig, die Vereine anschreiben, dass sie die auswärtigen Vereine, die eingeladen werden, auf die Tiefgarage beim Sternmatt 1 hinweisen und auch ihre eigenen Mitglieder.

Bezüglich Halteverbot. Das Verkehrskonzept ist nicht Teil von diesem Kredit heute Abend. Das ist ein erster Entwurf und noch nicht die abschliessende Version. Das haben wir mit einem Verkehrsplanungsbüro ausgearbeitet. Die Anwohner und das Gewerbe dort wurden genannt, Frowin Andermatt als Beispiel. Es gibt Lösungen, dass mittels Parkkarten oder mittels einer Zone, die Leute, die dort wohnen, oder das Gewerbe nicht benachteiligt werden. Hier gibt es Möglichkeiten. Wir nehmen den Punkt mit der „Kiss and Ride-Zone“ auf. Wie gesagt, es ist noch nicht die abschliessende Lösung, aber wir müssen dort einige Massnahmen umsetzen. Es wird aber dazu führen, dass man Kontrollen machen muss. Sonst lernen es Gewisse nicht.

Antrag

Für die erweiterte Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 sei ein Baukredit in der Höhe von CHF 9'749'500.– (inkl. 8.1 % MwSt.) mit einer Kostengenauigkeit von ± 15 % zu genehmigen. Als Kostenbasis gilt der Baupreisindex Zentral-schweiz (Baugewerbe), Stand Oktober 2024. Eine Teuerung ist im Baukredit nicht enthalten.

Beschluss

Für die erweiterte Umgebungsgestaltung Sternmatt 2 wird mit zwei Gegenstimmen ein Baukredit in der Höhe von CHF 9'749'500.– (inkl. 8.1 % MwSt.) mit einer Kostengenauigkeit von ± 15 % genehmigt. Als Kostenbasis gilt der Baupreisindex Zentral-schweiz (Baugewerbe), Stand Oktober 2024. Eine Teuerung ist im Baukredit nicht enthalten.

Der Antrag der SVP, auf die Beleuchtung des Fussballfelds zu verzichten, wird mit 140 zu 138 Stimmen abgelehnt.

Traktandum 3

Teilrevision des Reglements «Betreuungsgutscheine für Kitas» vom 8. März 2015

Die Vorlage des Gemeinderats vom 6. Januar 2026 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Wort hat zuerst unsere Sozialvorsteherin Barbara Schmid-Häseli, die dazu einige Ausführungen machen wird. Zudem wird ein Zusatzantrag im Namen des Gemeinderats gestellt.

Barbara Schmid-Häseli

Aufgrund von Informationen oder Fragen, die wir aus den Parteiversammlungen bekommen haben, möchte ich ein paar einleitende Worte zum Geschäft verlieren. Es wurde mehrmals die Frage gestellt, wieso wir mit dem politischen Prozess nicht abwarten, bis die tatsächliche Höhe des kantonalen Durchschnittstarifs und des Kantonsbeitrags bekannt ist. Das ist relativ einfach. Der Gemeinderat könnte auch bei einer Verschiebung auf die Gemeindeversammlung im Juni nicht zuerst die Ausführungsbestimmungen und Tarifordnungen final verabschieden, sondern muss eben gerade zuerst die Rahmenbedingungen haben, die Sie hier festlegen. Mit dem weiteren politischen Prozess wäre also ein Beschluss im Juni eine Hauruck-Übung, weil der Kantonsbeitrag schon ab dem 1. August dieses Jahres beantragt werden kann und wir deshalb bereit sein müssen. Wir wollen die Eltern rechtzeitig informieren, einerseits, wie sie die Kantonspauschale beantragen und andererseits, wie sich der Kantonsbeitrag für ihre Betreuungsgutscheine ab dem 1. August auswirkt. Wir müssen also alles neu berechnen und dazu kommt auch noch der eine oder andere neue Antrag dazu. Es kommt bei einer Familie bestimmt nicht gut an, wenn man erst zum Start der Sommerferien die Auswirkungen einer so grossen Systemänderung erfahren würde und gar nicht mehr reagieren könnte. Deshalb ist der Gemeinderat überzeugt, dass dies das richtige Vorgehen ist.

Wir hören aber auch auf die Parteiversammlungen. Von der FDP ist eine formelle Frage zu Art. 9 Abs. 2 gekommen, ob der Satz «zweisprachige und ausserkantonale Kitas» nicht und/oder heissen sollte. Das ist eine Formulierung, die der Kanton in letzter Zeit häufig verwendet, wenn er sowohl als auch sagen will. Das ist richtig und deshalb stellen wir den formalen Antrag. Inhaltlich bedeutet das keine Änderung.

Ich möchte noch zu den wesentlichen inhaltlichen Änderungen ein paar Grundsatzüberlegungen des Gemeinderats zusammenfassen. Zum einen war Baar ein Vorreiter bei der Einführung der Betreuungsgutscheine vor zehn Jahren. Wir wollen also das bewährte System weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir die aktuelle Situation der Totalrevision des kantonalen Kinderbetreuungsgesetzes nutzen, um uns selber zu überlegen, wie wir als öffentliche Hand möglichst unter den gleichen Kriterien Beiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung auszahlen oder leisten können. Egal, welche familienergänzende Betreuungsform die Eltern wählen. Dazu gehört zum Beispiel die gleiche Grundlage aus der Steuererklärung, gleiche Pro-Kopf-Abzüge, ein lineares Mo-

dell ohne Stufen und noch einiges mehr. Wie es zum Beispiel bei der schulergänzenden Betreuung und/oder der Tagesfamilie schon gelten. Basis für die Überlegungen ist zwar keine gesetzliche Vorgabe, aber die klare Vorstellung des Regierungsrats, er ist heute anwesend, vielleicht kann er nachher noch etwas sagen, dass die Gemeinden nicht mit der Kantonspauschale bei ihren Betreuungsgutscheinen sparen sollen. Diesen ausdrücklichen Wunsch will der Gemeinderat erfüllen, aber auch keinen übermässigen Ausbau planen. Sollte der Gemeinderat dann trotzdem noch so etwas machen wollen, kann er das zwar in der Tarifordnung probieren, aber Sie werden wegen der Finanzkompetenzen das letzte Wort haben. Also übermässig ändern können wir die Tarifordnung nicht.

Ein letzter Punkt zur minimalen Eigenleistung. Wir finden, jede Familie, auch wenn sie finanzschwach ist, sollte eine minimale Eigenleistung leisten. Und gleichzeitig können wir den Mittelstand über den Kantonsbeitrag hinaus vielleicht noch ein bisschen mehr entlasten. Die Familienkommission hat schon mit dem Reglement die Auswirkungen auf die Ausführungsbestimmungen und Tarifordnung diskutiert und wird die Arbeit mit den definitiven Beschlüssen, die sie heute Abend treffen, nächste Woche an der Kommissionssitzung wieder aufnehmen. In diesem Sinne verweist die Kommission auf ihre Stellungnahme in der Vorlage.

Alois Gössi

Der Regierungsrat hat das Programm ZugPlus gestartet und ist nun in der Umsetzung des Programms. Kurz zusammengefasst bedeutet ZugPlus gemäss KI, dass es das Ziel hat, den Kanton Zug fit für die Zukunft zu machen. Also in Themen wie Bildung, Demografie, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Ökologie zu investieren und damit die Standortattraktivität nachhaltig zu stärken. Dafür ist der Regierungsrat die flächendeckende Sicherstellung der Kinderbetreuung angegangen und der Kantonsrat hat das Kinderbetreuungsgesetz verabschiedet. Damit geht die Verpflichtung der Zuger Gemeinden einher, im Vorschulbereich ein Gutschein-System einzuführen, sowie im Vorschul- und im Schulbereich ein bedarfsgerechtes Angebot sicherzustellen. Der Kanton Zug übernimmt dafür zwischen 25 und 35 Prozent der durchschnittlichen Betreuungstarife einer Kita. Auf der anderen Seite erwartet oder fordert er, dass die Anpassungen, wir haben das vorhin gehört, kostenneutral für Gemeinden umgesetzt werden. Die eingesparten Gelder aufgrund des Kantonsbetrags werden oder sollen wie vorgegeben in gemeindliche Betreuungsgutscheine investiert werden. Im gemeindlichen Reglement Betreuungsgutscheine für Kitas gibt es deshalb Anpassungen wie Beteiligung vom Kanton mit einer Pauschalsubvention, neue Definition des massgebenden Einkommens, Einbezug vom Vermögen etc. Mit all diesen Anpassungen wird auch der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert.

Die RGPK befürwortet die vorliegende Teilrevision des Reglements über Betreuungsgutscheine für Kitas einstimmig. Im ganzen Themenbereich Betreuungsgutscheine für Kitas fehlt mir etwas Fleisch am Knochen. Es wird nirgends in der Vorlage aufgeführt, wie z.B. die Tarifordnung, die in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, konkret aussieht. Es werden Beispiele aufgezeigt, wie es mit einer voraussichtlichen Kantonspauschale von 33 Prozent aussehen könnte. Wobei der Gemeinderat in der Vorlage auch schreibt, dass es zwischen 25 und 35 Prozent sein könnte. Das ist also relativ vage. Wobei das nicht dem Gemeinderat in die Schuhe geschoben werden kann. Er hat einfach das bestmögliche gemacht, weil von Seiten des Kantons, das heisst von der Di-

reaktion des Innern, die kantonale Kinderbetreuungsverordnung, die Höhe der Kantons-
pauschale sowie die Durchschnittstarife bei den Kindern erst per Mai 2026 in Aussicht
gestellt werden.

Meine persönliche Beurteilung dazu. Der Gemeindepräsident hat zu Beginn der Sit-
zung den Regierungsrat Andreas Hostettler begrüsst. Er ist zuständig für das Kinderbe-
treuungsgesetz. Ich würde ihn gerne motivieren, hier etwas vorwärts zu machen und
die erwähnten Unterlagen um einiges früher als per Ende Mai zur Verfügung zu stel-
len.

Der RGPK empfiehlt dem Gemeinderat, wenn er die Ausführungsbestimmungen und
Tarifordnung ausarbeitet, sowohl die Familienkommission wie auch die Finanzkommis-
sion mit einzubeziehen. Das, obwohl die prinzipielle Kompetenz für die Ausführungsbe-
stimmungen und die Tarifordnung beim Gemeinderat liegt.

Markus Widmer

Aus Sicht der SVP ist die Teilrevision ein vernünftiger und familienfreundlicher Schritt.
Wir unterstützen deshalb die Vorlage grundsätzlich. Der Gemeinderat und die zuständi-
gen Kommissionen haben den Revisionsbedarf sinnvoll genutzt. Sie haben nicht nur
die kantonalen Vorgaben umgesetzt, so gut es aufgrund der vorliegenden Informatio-
nen bis jetzt geht, sondern sie haben das System der Kita-Gutscheine praxisnäher und
weniger bürokratisch gestaltet. Mit der neuen Berechnung über das Total der Ein-
künfte sowie den Einbezug eines Vermögensteils wird die Regelung fairer und transpa-
renter.

Obwohl sich der Kanton künftig an den Betreuungskosten beteiligt, bleiben die Ge-
samtausgaben der Gemeinde, wie im Budget 2026 klar ersichtlich, gleich hoch. Die
frei werdenden Mittel werden somit wieder ins Gutschein-System investiert. Dadurch
wird zwangsläufig der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert, wodurch insbeson-
dere Mittelstandsfamilien profitieren. Das ist ganz im Sinn der SVP. Wir sind der Auf-
fassung, dass wenn die öffentliche Hand Mittel einsetzt, diese auch zielgerichtet bei
der Bevölkerung ankommen sollen. Im Fall der Betreuungsgutscheine profitieren aktu-
ell, also vor dieser Teilrevision, 188 Familien davon. Das betrifft somit gesamthaft 600
bis 700 Baarerinnen und Baarer. Mit dieser Teilrevision werden es künftig noch mehr
sein. Es werden bislang CHF 1,85 Millionen eingesetzt, das soll im Jahr 2026 so blei-
ben. Das entspricht fast CHF 10'000 pro Familie und Jahr. Das ist eine spürbare Ent-
lastung für viele arbeitende Familien. Das sollte man auch bei der Mietdiskussion nicht
komplett ausser Acht lassen. Und es steht auch im Gegensatz zu einigen wohnpoliti-
schen Projekten, die alle zahlen und nur wenige nutzen.

Vor diesem Hintergrund ist für uns das Liebäugeln mit einem Rückweisungsantrag der
SP und der ALG unverständlich. Wenn es um die Unterstützung des Mittelstands geht,
hören wir von links, insbesondere bei der Wohnraumdebatte, grosse Worte, dass
diese auch profitieren sollen usw. Aber sobald eine konkrete Vorlage auf dem Tisch
liegt, die die arbeitenden Familien tatsächlich entlastet, zeigt sich, dass die Unterstüt-
zung des Mittelstands bei den linken Parteien ein offensichtliches Lippenbekenntnis
ist. Denn dann beruft man sich auf Formalitäten, wie jetzt hier gesehen. Als Hauptar-
gument wird nämlich angeführt, dass die Tarifordnung noch nicht vorliegt. Das stimmt,
sie liegt noch nicht vor, aber die Gründe sind schon genannt worden und sie sind auch
durchaus nachvollziehbar. Das rechtfertigt unseres Erachtens keine Rückweisung. Zu-

dem muss man auch festhalten, dass die Tarifordnung und die Ausführungsbestimmungen in der Kompetenz des Gemeinderats und nicht bei der Gemeindeversammlung liegen. Selbst wenn sie heute schon vorliegen würde, könnten wir deshalb gar nicht darüber entscheiden. Das ist im Übrigen politisch so gewollt. An der Gemeindeversammlung vom 15. September 2021, wo die letzte Teilrevision beraten wurde, hat die SVP den Antrag eingebracht, dass die Tarifordnung zumindest teilweise im Reglement verankert wird. Hätten die Parteien, die jetzt über einen Rückweisungsantrag nachdenken, damals unseren Antrag unterstützt, hätten wir tatsächlich heute mehr Klarheit direkt im Reglement. Und wer das damals nicht wollte, der soll sich doch bitte jetzt nicht darüber beklagen, dass das in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Das hätte man sich damals überlegen und den Antrag der SVP unterstützen können. Vielleicht klappt das ja künftig besser.

Ein weiterer Kritikpunkt seitens der ALG betrifft den Einbezug des Vermögens. Und das ist mir wichtig, denn es entsteht der Eindruck, dass das in die Berechnung einfließt. Das Vorsorgekapital der Familien liegt ja vor allem in der beruflichen Vorsorge und den Säulen 3 und zählt deshalb gar nicht zum steuerlichen Reinvermögen. Dementsprechend fließt das auch gar nicht in die Berechnung ein. Ich hätte eigentlich gedacht, dass das die ALG-Exponenten wissen.

Bei einem Punkt sehen wir allerdings noch Optimierungsbedarf. Und das ist der Nachweis der Erwerbstätigkeit. Man versteht, dass der Gemeinderat mehr Flexibilität wünscht, was angesichts von modernen Arbeitsmodellen auch durchaus nachvollziehbar ist. Trotzdem hat die ursprüngliche Idee von einem Mindestpensum, wie es bis anhin bestanden hat, unseres Erachtens absolut seine Berechtigung. Denn die Betreuungsgutscheine wurden eingeführt, um die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit zu fördern. Diese Forderung ist zentral. Es muss dort greifen, wo Eltern Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen. Wenn das Mindestpensum vollständig wegfällt, würde die Gefahr bestehen, dass sich der Zweck des Instruments verwässert. Die Betreuungsgutscheine sollen kein Freizeitangebot ermöglichen, sondern ein Instrument zur Unterstützung der Erwerbstätigkeit der Eltern sein. Zudem hilft ein Mindestpensum auch, Fehlanreize zu vermeiden. Die Unterstützung soll dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich dazu beiträgt, Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und nicht dort, wo kein Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit besteht. Deshalb ist es aus unserer Sicht sinnvoll, dass man den Grundgedanken eines Mindestpensums beibehält, ihn aber realistisch an die heutige Arbeitswelt anpasst. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass für Alleinerziehende kein Mindestpensum gelten soll. Sie müssen ohnehin weiterhin ein Erwerbseinkommen aufweisen, aber ihre Situation ist naturgemäss etwas anders. Sie tragen allein die Verantwortung für Familie und Erwerbstätigkeit und stehen ohnehin schon häufig unter einem erheblichen organisatorischen und finanziellen Druck. In diesem Zusammenhang noch ein Mindestpensum vorzuschreiben, ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll.

In diesem Sinne stelle ich den folgenden Antrag: Das Mindestpensum bei zwei Erziehungsberechtigten gemäss Artikel 5, Absatz a, Ziffer 1, soll beibehalten, jedoch von total mindestens 120% auf total mindestens 100% reduziert werden.

Ich halte abschliessend fest, dass wir von der SVP zu dieser Vorlage, mit unserem Mindestpensum-Antrag, Ja sagen. Er entlastet viele Baarer Familien sehr konkret und stärkt den Mittelstand. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Barbara Schmid-Häseli

Wir halten an der Streichung des minimalen Beschäftigungsgrads fest. Und zwar vor allem aus dem Grund, den ich einleitend gesagt habe. Wir wollen in allen Bereichen möglichst grundlegende Sachen gleich handhaben. Bei der SEB und der Tagesfamilie ist das heute schon der Fall, dass eine Erwerbstätigkeit nachgewiesen werden muss. In Zukunft wird es auch bei der Kantonspauschale so sein, dass es um die Erwerbstätigkeit geht und nicht um das Pensum.

Wir haben bei der Tagesfamilie übrigens eine Auswertung gemacht. Wir haben gesehen, dass der Bedarf an Betreuung aufgrund der Arbeitstätigkeit besteht, also Abwesenheit aufgrund der Erwerbstätigkeit oder Ausbildung, und nicht für Freizeitbedürfnisse.

Dann möchte ich noch auf etwas anderes hinweisen. Was im Reglement steht, müssen wir auch überprüfen. Das Überprüfen von solchen Pensum ist ein bürokratischer Mehraufwand mit einem eher geringen Output, wenn wir sehen, dass es bei den Tagesfamilien keinen solchen Fall gab. Wir wollen auch den Aufwand zugunsten der Eltern minimieren. Also gerade die, die neben der Kantonspauschale von einem Drittel, auf Betreuungsgutscheine angewiesen sind. Das sind vor allem die finanzschwächeren Familien, die so oder so schon einen grösseren Aufwand haben werden. Sie müssen das an zwei Orten beantragen. Und es gelten dann auch unterschiedliche Kriterien. Wir wollen möglichst auf einem Minimum von solchen unterschiedlichen Kriterien bleiben. Deshalb hält der Gemeinderat an dieser Formulierung fest.

Anna Lustenberger

Vor einigen Jahren, vor fünf Jahren sogar, war ich Mitglied der Familienkommission. Damals wurden in Baar die Betreuungsgutscheine eingeführt. Und ich glaube, das ist sogar mehr als zehn Jahre her, als das passiert ist. Es interessiert mich nach wie vor, wie es den Kindern, den Familien in und mit der Kita geht. Zudem habe ich Grosskinder, die eine Kita und eine schulergänzende Betreuung besuchen. Betreuungskosten in den Familien sind immer ein grosses Thema. Deshalb begrüsse ich auch die Beteiligung des Kantons sehr. Kita-Kosten sind hoch. Es ist nötig, dass diese gesenkt werden. Gerade bei uns im Kanton Zug, wo das Leben immer teurer wird.

Positiv finden wir, dass es zum einen genug Kitas in Baar gibt, es gibt sehr viele, und dass Baar schon lange Betreuungsgutscheine abgibt. Gut finden wir auch, dass Eltern, die ihre Kinder in einer zweisprachigen Kita betreuen lassen, jetzt ebenfalls von Gutscheinen profitieren können. Richtig ist für uns, dass die Betreuung mit einem stufenlosen Tarifmodell berechnet wird und somit nach dem Einkommen jeder einzelnen Familie. Negativ für uns ist, dass der Geschwisterrabatt wegfällt. Ich werde aus diesem Grund am Schluss von meinem Votum im Namen unserer Partei, der ALG, einen Antrag stellen.

Nicht gut finden wir, dass die Berechnung der Vergünstigungen an die Erwerbstätigkeit gekoppelt ist. Das ist aber die Vorgabe des Kantons. Trotzdem gibt es viele Gründe, warum für ein Kind ein Besuch in einer Kita wichtig wäre. Zum Beispiel, wenn die eigenen Eltern mehr Hilfe benötigen und man möchte, dass sie noch nicht in ein Altersheim müssen. Oder Familien, die ein behindertes Kind haben, das viel Pflege benötigt. Vielleicht wäre das dann eine Ausnahmeregelung, die im Artikel 5 aufgeführt wird. Da kann Barbara Schmid-Häseli sicher etwas dazu sagen.

Am meisten bemängeln wir aber tatsächlich, dass wir heute an unserer Versammlung bereits ein angepasstes Reglement verabschieden müssen. Und es besteht kein Tarifmodell. Wir möchten der Gemeinde nicht in die Hoheit reinreden. Dass sie das Tarifmodell selber bestimmen können, das ist klar. Eltern wissen aber im Moment noch gar nicht, woran sie sind, wie viel die Betreuung nachher wirklich kostet oder ob sie noch für Betreuungsgutscheine berechtigt sind. Auch unsere Gemeinderätin hat gesagt, warum die Gemeindeversammlung jetzt schon darüber abstimmen sollte und nicht erst im Juni. Ja, ich verstehe das schon. Der Kanton hat eine sportliche Vorgabe für die Gemeinden gegeben. Das ist so. Trotzdem ist es für uns nicht ganz korrekt, wenn wir jetzt über etwas abstimmen müssen, was wir noch nicht so ganz genau wissen. Als Sie die Vorlage gelesen haben, haben Sie dann gewusst, was auf eine Familie zukommt oder was nicht? Wenn der Antrag der SP auf Rückweisung kommt, werden wir ihn unterstützen. Lieber hätten wir es gehabt, dass der Gemeinderat die Vorlage erst später gebracht hätte.

Es sind viele Fragen offen. Ich habe sie Barbara Schmid-Häseli bereits gesendet und bin jetzt gespannt auf die Antworten. Auch wenn die Tarifordnung noch nicht steht, möchten wir gerne wissen, gerade auch für Familien, die sich dafür interessieren, wie man sich das vorstellen könnte. Zum Beispiel eine Familie aus der Mittelschicht. Wie kann das für eine Familie aus der Mittelschicht aussehen? Hat sie weiterhin noch Anspruch auf Betreuungsgutscheine, wenn sie bis jetzt hatte? Kann der Gemeinderat wenigstens bereits Eckpunkte zu dieser Tarifordnung aufzeigen? Ist der Gemeinderat bereit, die Tarifordnung bei den Parteien in die Vernehmlassung zu geben und nicht nur der RGPK und der Familienkommission? Die Berechnung wird nach einem anderen massgebenden Einkommen gemacht. Es soll auch ein Teil des Vermögens dazu gezählt werden. Im Reglement selbst wird nicht mehr vom Teil des Vermögens geschrieben, sondern beim Artikel 2 steht einfach noch der Begriff Vermögen. Wie ist das jetzt zu verstehen? Wie kann das für eine Familie in diesem Zusammenhang aussehen? Gibt es da Änderungen? Die Regierung erwartet von den Gemeinden, dass die finanzielle Unterstützung aufgrund der Kantonspauschale nicht reduziert wird. Der Gemeinderat will dem nachkommen. Wir möchten aber gerne die Zusicherung des Gemeinderats, dass es wirklich so ist und ob die Familien weiter im gleichen oder im ähnlichen Umfang von der Gemeinde entlastet werden. In der kantonalen Vorlage zu den Änderungen schreibt der Kanton, die Gemeinden stellen sicher, dass das Angebot auch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen gewährleistet ist, also für Kinder mit Behinderungen. Wird das Anliegen in der Tarifordnung aufgenommen? Ich weiss, dass von der Gemeinde ein Leistungsauftrag mit dem heilpädagogischen Dienst besteht. Wir möchten gerne wissen, wie es nach der Verabschiedung des Reglements für Familien weitergeht. Was müssen sie machen, damit sie auch die Reduktion des Kantons erhalten? Ich habe die Fragen dem Gemeinderat gestellt. Viele sind für uns offen und nicht ganz klar. Wir möchten einfach mehr wissen, was auf die Eltern zukommt. Ich danke Barbara Schmid-Häseli jetzt schon für die Antworten, so gut es möglich ist.

Ich komme jetzt noch zu meinem Antrag betreffend Geschwisterrabatt. Wir stellen den Antrag, dass der Rabatt weiterhin besteht. Seit dem Jahr 2021 ist die Zahl der Neugeborenen rückläufig. Ein deutlicher Rückgang ist bei der zweiten und dritten Geburt feststellbar. Das macht sich bemerkbar. Sie haben das sicher auch schon in den Medien gelesen. Und meistens, oder sehr oft, sind die Kosten für die Familien ein Faktor. Natürlich sind nicht nur die Kitakosten ausschlaggebend. Das ist uns völlig bewusst. Aber es soll nicht etwas abgeschafft werden, das den Eltern geholfen hat, Kosten zu reduzieren. Unser Antrag lautet: Der Gemeinderat soll beim Artikel 4, Höhe der

Betreuungsgutscheine, den Absatz 2 wieder aufnehmen. Konkret heisst das: Der Gemeinderat kann in der Tarifordnung einen Geschwisterrabatt festlegen, wenn für mehr als ein Kind der gleichen Familie Betreuungsgutscheine ausgestellt werden. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Antrag in unserem Sinne zustimmen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Antrag auf Rückweisung auch zustimmen. Wir sind nicht familienfeindlich geworden, wie das von meinem Vorredner fast gesagt wurde. Er hat es nicht so gesagt. Wir sind sehr für die Entlastung der Familien. Deshalb möchten wir wissen, was auf diese Familien zukommt. Erhalten sie weniger Betreuungsscheine von der Gemeinde oder bleibt es weiterhin so? Es ist uns sehr wichtig, dass wir wissen, wie Familien entlastet werden.

Barbara Schmid-Häseli

Ich habe einleitend schon einiges gesagt und möchte das gar nicht gross wiederholen. Die wahrscheinlich wesentlichste Aussage der Finanzierung in der Kinderbetreuung ist, dass jede Familie in Zukunft mindestens von diesem Kantonsbeitrag profitiert. Das ist, so wie es die Verordnung vorgesehen hat, ein Drittel von einem durchschnittlichen kantonalen Kita-Tarif. Das ist ein wesentlicher Betrag. Das werden wahrscheinlich CHF 40 bis CHF 50 sein, die jede Familie einkommensunabhängig beantragen kann. Die Betreuungsgutscheine sind ein anderes Modell. Sie haben einen sozialen Charakter. Bei den unteren Einkommensschichten besteht die minimale Eigenleistung und dann geht es linear runter auf ein höheres massgebliches Einkommen. Am Ende profitieren mehr Familien.

Der Punkt betreffend Vernehmlassung der Tarifordnung. Ich gehe davon aus, dass wir das im Gemeinderat diskutieren werden. Ich persönlich finde es ein bisschen ein Misstrauensvotum gegenüber der Familienkommission, die sich mit all diesen Fragen schon sehr vertieft auseinandergesetzt hat. Und wir können uns auch in den Parteien mit den Mitgliedern der Familienkommission austauschen, die ich als sehr engagierte Mitglieder wahrnehme.

Zur Frage wegen den Kindern mit besonderen Bedürfnissen. Der Kanton gibt vor, dass man nicht nur Angebote schaffen oder ermöglichen muss, sondern dass für die Eltern nicht zusätzliche Kosten über dem normalen Tarif entstehen. Für die Gemeinden war das eine gesetzliche Regelung, die wir unnötig fanden, weil wir das schon gemacht haben. Wir haben schon länger eine Leistungsvereinbarung. Wir werden das sicher auch weiterhin machen. Jetzt haben wir die gesetzliche Grundlage. Was den Tarif angeht, den die Eltern an die Kita zahlen, es gelten dort genau die gleichen Regelungen wie für die anderen Familien. Es ist dann einerseits der Kantonsdrittel und andererseits einkommensabhängige Betreuungsgutscheine. Ich nehme das sehr gerne nächste Woche in die Familienkommission, ob wir dort allenfalls noch etwas justieren müssen, dann auch in der Tarifordnung.

Zum Geschwisterrabatt. Das ist ein, es klingt etwas salopp, toter Paragraph. Es ist eine Kann-Formulierung, die schon seit Anbeginn des Reglements über Betreuungsgutscheine drin steht. Wir haben es am Anfang auch umgesetzt, um die Kosten für zusätzliche Kita-Plätze, also bei einem zweiten oder dritten Kind, etwas abzufedern. Im Jahr 2020 haben wir eine Wirksamkeitsanalyse gemacht, wo wir festgestellt haben, dass der Rabatt meistens in die Eigenleistung fällt. Vielfach waren das die finanzschwachen Familien, die das vielleicht bekommen hätten. Das hat sich dann mit der

Eigenleistung gebissen. Das heisst, sie haben entweder nicht den totalen oder gar keinen Geschwisterrabatt erhalten. Deshalb haben wir es ab der Reglementsänderung und in der Tarifordnung 2021 gar nicht mehr umgesetzt. Heute kommt dazu, dass alle Familien von der Kantonspauschale profitieren und sich damit auch die Tragfähigkeit der Kinderbetreuungskosten massiv verbessern wird. Der Gemeinderat hält daran fest, dass man diese Formulierung aus dem Reglement herausnehmen kann.

Laura Hürlimann

Die SP dankt dem Kanton Zug für die Beteiligung an den Kinderbetreuungskosten mittels der Pauschalsubventionen. Das entlastet das Haushaltsbudget vieler Zuger Familien und stärkt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dass diese kantonalen Subventionen allen zugutekommen, ist ein wichtiges Signal. Die gemeindlichen Betreuungsgutscheine hingegen richten sich gezielt an Familien mit tieferem Einkommen. Neu soll dabei auch das Vermögen berücksichtigt werden. Dementsprechend müssen die Gemeinden auch ihre Rahmenbedingungen anpassen. Genau da aber liegt unser Problem. Die Baarer Bestimmungen sind im Reglement, in den Ausführungsbestimmungen und in der Tarifordnung geregelt. Doch zwei dieser drei doch zentralen Grundlagen fehlen uns heute faktisch noch. Erst wenn die kantonale Kinderbetreuungsverordnung vorliegt und der Regierungsrat die Höhe der Pauschale sowie der massgebende Durchschnittstarif der Kitas festgelegt hat – angekündigt, per Mai 2026 – können die Details konkret ausgearbeitet werden. Wir sollen also heute entscheiden, ohne die wichtigen Parameter zu kennen. Das erschwert eine seriöse Beurteilung erheblich. Mit den vorliegenden Unterlagen bleiben zentrale Fragen offen. Und wir möchten unter anderem auch mehr Klarheit für den Mittelstand. Wie genau wirkt sich diese Vermögensberücksichtigung auf die Höhe der Betreuungsgutscheine aus, ist eine abgestufte Lösung vorgesehen? Wird man für den Vermögensaufbau, beispielsweise für die Altersvorsorge, faktisch bestraft? Werden Familien mit mehreren Kindern, die heute bereits Betreuungsgutscheine beziehen, durch das neue System schlechter gestellt? Werden die 240 Betreuungstage pro Kind oder pro Familie gesprochen? Können wir davon ausgehen, dass die finanzielle Unterstützung der Gemeinde nicht reduziert wird, wie von einzelnen Stellen angedeutet, und gilt diese Zusicherung auch langfristig? Wie wird künftig die Betreuung der Kinder mit besonderen Bedürfnissen unterstützt? Einige dieser Fragen wurden schon beantwortet.

Das sind keine Detailfragen. Es sind Grundsatzfragen zur sozialen Ausgestaltung dieses Systems. Gleichzeitig anerkennen wir ausdrücklich positive Elemente dieser Vorlage. Die Erziehungsberechtigten müssen künftig nur noch ihre Erwerbstätigkeit nachweisen. Einkommen und Vermögensdaten werden direkt zwischen Gemeinde und Kanton austauscht. Die Einkommensbeurteilung erfolgt anhand eines Lohnausweises. Das sorgt für Aktualität und schafft massive Nachzahlungen ab, die die Familien in der Vergangenheit stark belastet haben. Der Anspruch auf Betreuungstage richtet sich neu nach dem effektiven Betreuungsbedarf und nicht mehr nach dem Arbeitspensum. Das ist sachgerecht und zeitgemäss. Wir begrüssen den Abbau der Bürokratie und es mag punktuelle Verbesserungen geben. Aber die Tatsache, dass sich momentan ein Eltern teil, häufig die Frau, immer noch die Frage stellen muss, ob sie für sich arbeiten geht oder um die Kita-Kosten zu begleichen, macht einem stutzig und mich persönlich auch ein bisschen wütend. In der Schweiz, in der die Geburtenrate unter 1,3 Kinder pro Frau liegt, und gemäss dem Bundesamt für Statistik über die Hälfte der 20-39-Jährigen negative Auswirkungen auf ihre Berufsaussichten befürchten, wenn sie eine Familie

gründen, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen. Kinder dürfen kein Armuts- oder Karriererisiko sein. Langfristig stellt sich deshalb auch die Systemfrage, warum die familienergänzende Betreuung nicht selbstverständlich ein Teil des Bildungsangebots ist, so wie der Kindergarten. Ein Angebot, das allen offen steht, ohne komplexe Suchverfahren und ohne, dass die Eltern ihre persönlichen und finanziellen Verhältnisse bis ins Detail offenlegen müssen.

Heute aber müssen wir im Hier und Jetzt entscheiden. Solange uns die entscheidenden Grundlagen fehlen, können wir dieser Vorlage nicht zustimmen. Wir sind aber in keiner Art und Weise gegen die Teilrevision, sondern sie soll an der Rechnungsgemeinde im Juni beschlossen werden, mit mehr Infos zur Tarifordnung. Die SP beantragt deshalb die Rückweisung dieses Geschäfts. Wir bitten den Gemeinderat, der Gemeindeversammlung im Juni sämtliche relevante Dokumente, Reglemente, Ausführungsbestimmungen und Tarifordnungen vollständig vorzulegen und offene Fragen transparent zu beantworten.

Walter Lipp

Wir haben den Rückweisungsantrag gemäss § 76 gehört. Darüber ist unverzüglich abzustimmen. Der Gemeinderat unterstützt das nicht, aber es liegt in Ihren Händen.

Wir stimmen über den Antrag ab. Sie haben den Rückweisungsantrag abgelehnt.

Simon Berner

Ich darf heute die Mitte zum Thema Teilrevision vertreten. Ich bin Mitglied der Familienkommission und habe die Entstehung der Teilrevision im Rahmen der Kommissionsarbeit begleitet. Die Überarbeitung zum jetzigen Zeitpunkt mit der Veränderung der Bedingungen auf Kantonsebene und Erfahrungen aus den letzten Jahren ist absolut richtig. Die vorgenommenen Änderungen mit dem Fokus, dass man das Reglement neu aufs Kindeswohl und nicht auf das Sachwohl ausrichtet, sowie die Optimierungen in der Einkommensberechnung, die die Gemeindeverwaltung entlasten soll, ist einfach wichtig. Und deshalb machen die Anpassungen zum jetzigen Zeitpunkt Sinn.

Ich sage noch etwas zum Antrag der SVP, zum Nachweisen der Erwerbstätigkeit von 100%. Das Thema hatten wir in der Kommission aufgegriffen. Wir haben darüber gesprochen und auch lange hin und her diskutiert, ob wir es drin behalten sollen oder nicht. Aufgrund dessen, dass es gerade auch in den einkommensschwachen Gesellschaftsschichten Erziehungsberechtigte gibt, die unregelmässige Arbeitszeiten oder unregelmässige Anstellungen haben, die auf Stundenbasis arbeiten, die mal mehr, mal weniger arbeiten, ist es ein riesiger Verwaltungsaufwand, das jedes Mal neu zu berechnen. Wenn zum Beispiel jemand im Verkauf arbeitet und in der Weihnachtszeit 100% Erwerbstätigkeit nachweist, aber dann im Januar, wenn wieder weniger läuft, plötzlich nur noch 50 oder 20%. Diese monatlichen Änderungen müsste die Gemeinde jedes Mal mitberücksichtigen. Es muss jedes Mal genau gemeldet werden, wenn sich das Einkommen um mehr als 20% verändert hat. Und das belastet den Verwaltungsapparat. Nach unserer Meinung aus der Kommission gibt man das Geld dann vielleicht für einen Kontrollmechanismus aus.

Deshalb von uns und auch von der Mitte ein klares Ja zur Teilrevision von diesem Reglement. Vielen Dank, dass der Rückweisungsantrag abgelehnt wurde. Es macht heute

keinen Sinn, dass man es zurückweist, denn eine Rückweisung hätte noch mehr Unsicherheit für die Eltern geschaffen.

Antrag

Die Teilrevision des Reglements «Betreuungsgutscheine für Kitas» vom 8. März 2015 sei zu genehmigen.

Beschluss

Ein Rückweisungsantrag der SP wird abgelehnt.

Die Teilrevision des Reglements «Betreuungsgutscheine für Kitas» vom 8 März 2015 wird mit einer Gegenstimme genehmigt.

Der Antrag des Gemeinderats zur Ergänzung von Art. 9 Abs. 2 des Reglements (und/oder) wird grossmehrheitlich genehmigt. Der Art. 9 Abs. 2 des Reglements lautet neu wie folgt: Zweisprachige und/oder ausserkantonale Kitas können von der zuständigen Fachstelle für Betreuungsgutscheine anerkannt werden.

Der Antrag der ALG auf Beibehaltung des Geschwisterrabatts (Art. 4 Abs. 2) wird abgelehnt.

Der Antrag der SVP bezüglich des minimalen Erwerbstätigkeitsgrads (Art. 5 Abs. 1) wird abgelehnt.

Traktandum 4

Motion der «Die Mitte Baar» betreffend «Schaffung eines kommunalen Kinder- und Jugendforums» – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderats vom 6. Januar 2026 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Mirjam Arnold

Im Namen der Motionärin nehme ich sehr gerne Stellung zur Motion und zu den Ausführungen des Gemeinderats. Als erstes möchte ich dem Gemeinderat für die sorgfältige Ausarbeitung dieser Vorlage danken. Man hat heute tatsächlich keinen Aufwand gescheut und sogar eine Umfrage gemacht, um festzustellen, ob überhaupt das Interesse an mehr Partizipation erwünscht ist. Ich glaube, das Resultat ist eindeutig. Ja, unsere Baarer Jugendlichen wünschen sich mehr Partizipation. Gerade bei lokalen Themen können sich Jugendliche nämlich sehr wohl schon eine Meinung bilden. Heute fehlt aber einfach die Möglichkeit, diese Meinungen oder Ideen einzubringen. Beispiele aus anderen Gemeinden zeigen, dass ein Jugendforum sehr erfolgreich sein kann. Und es gibt übrigens auch ein Beispiel aus unserer Gemeinde. Haben sie gewusst, dass der mobile Pumptrack auf die Initiative von zwei Jugendlichen zurückzuführen ist? Diese zwei Jugendlichen hatten vermutlich Eltern, die die beiden motiviert haben, an den Gemeinderat zu gelangen und dort ihr Anliegen einzubringen. Viele Jugendliche haben so einen Support von zu Hause wahrscheinlich nicht. Das zeigt auch die Umfrage. Man sieht, dass die Jugendlichen nicht wissen, wo man sich einbringen könnte. Was spricht also gegen eine frühe Förderung von Demokratiebewusstsein, Freude am Politisieren, Diskutieren und eben das gemeinsame Erarbeiten von Projekten?

Ich hoffe sehr, dass Sie mir zustimmen und heute auch Ja sagen. Unsere Jugendlichen sollen die Chance erhalten, sich im Jugendforum einzubringen. Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie heute der Empfehlung des Gemeinderats folgen.

Kevin Bischofberger

Die RGPK befürwortet grossmehrheitlich das Anliegen der Motionärin. Sie unterstützt grundsätzlich auch Massnahmen, die die direkte Demokratie stärken und weiterentwickeln.

Im Jahr 2025 hat die Gemeindeversammlung eine Urnenabstimmung über die Bildung eines Parlaments abgelehnt. Vor diesem Hintergrund hat die RGPK die Schaffung eines Gefässes im Sinne des Baarer-Modells, also eine genug grosse Fachkommission, bestehend aus Jugendlichen, als Teil-Erheblicherklärung beantragt. Ein Forum, wie das in der Vorlage genannte Jugendparlament, scheint uns unpassend und vermittelt das Bild einer Demokratie auf Gemeindesebene, wie sie bei uns nicht gelebt wird. Falls das Forum nicht wie ein Jugendparlament gestaltet sein sollte, so frage ich mich, welche Relevanz der Erfolg der Jugendparlamente in dieser Vorlage hat.

Leider hat die RGPK aber vor zwei Tagen schriftlich erfahren, dass der in der Vorlage abgedruckte Antrag auf Teil-Erheblicherklärung vom Gemeinderat nicht zugelassen wird. Zwar ist die Zulässigkeit vorgängig einmal angesprochen worden, der definitive

Entscheid ist uns aber erst vor zwei Tagen kommuniziert worden. Die Kurzfristigkeit erscheint mir sehr unglücklich, ohne dem Gemeinderat böse Absichten zu unterstellen. Zudem muss man noch erwähnen, dass der Gemeinderat in seinem Fazit auf die Teil-Erheblicherklärung fachlich eingeht, aber nichts von einer Unzulässigkeit erwähnt. Der Entscheid basiere auf rechtlichen Abklärungen. Leider haben wir aber keine Auskunft darüber erhalten, welche Quellen oder wessen Einschätzung das so beurteilt. Es gibt auch keine Reglemente, die uns genannt wurden, die so einen Antrag untersagen. Im Sinne der Transparenz würde die RGPK beliebt machen, dass man die Linie betreffend Teil-Erheblicherklärung klar und offen kommuniziert und daran festhält. Das hilft einerseits der Sache, wie auch dem Gemeinderat, den Parteien, allen Baarinnen und Baarern und vor allem hätte meine Redezeit halbiert werden können. Wir sind weiter der Meinung, dass unser Anliegen den Kern der Motion, Jugendliche in die Politik auf Gemeindeebene einzubeziehen, beibehalten hätte.

Aus finanzieller Sicht beurteilt die RGPK die ausgewiesenen Kosten als eher tief. Sie weist darauf hin, dass der effektive Aufwand für die Betreuung und Umsetzung von diesem Vorhaben in der Vollkostenrechnung tendenziell höher ausfallen dürfte als das, was in der Kostenschätzung zum Ausdruck kommt. Aufgrund der fehlenden Erfahrung des neuen Gefässes würde es die RGPK bei einem allfälligen Ja begrüßen, Wirkung und Nutzen nach einer Legislatur zu überprüfen und die Ergebnisse in einem Bericht festzuhalten.

Die RGPK stimmt jedoch aufgrund der eingangs genannten Gründen einstimmig für eine Nicht-Erheblicherklärung. Wir ermutigen aber den Gemeinderat, trotzdem einen Weg zu finden, um Jugendliche parteiunabhängig im Sinne des Baarer-Modells, das er letztes Jahr mit Herz und Seele verteidigt hat, für die Politik zu begeistern.

Laura Hürlimann

Ich spreche heute, wie ihr ja schon mitbekommen habt, als Vertreterin der Kinder- und Jugendkommission und auch als jemand, dem politische Partizipation am Herzen liegt. Egal, ob jung oder alt.

Zuerst möchte ich festhalten, dass es mich bei der Diskussion in der Kommission sehr gefreut hat, dass parteiübergreifend Einigkeit darüber besteht, dass politische Bildung und die Einbindung von jungen Menschen wichtig sind. Das zeigt, dass das Anliegen kein Parteiprojekt ist. Es ist ein Gesellschaftsprojekt.

Bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema ist klar geworden, dass das Interesse bei den Jugendlichen da ist. Es besteht Potenzial. Und genau dieses Potenzial darf man nicht verpassen. Die Kinder- und Jugendkommission ist sich einig, dass in der Gemeinde Baar ein Gefäss für politische Mitwirkung von Jugendlichen geschaffen werden soll. Ein Jugendforum kann Jugendliche besser in die Gesellschaft integrieren, erhöht ihre Identifikation mit dem Lebensraum, in unserem Fall mit Baar, verbessert die Beziehungen zwischen Generationen und fördert Respekt sowie Toleranz. Das ist ein gesellschaftlicher und politischer Gewinn für das Zusammenleben in unserer Gemeinde. Jugendliche können so eine zentrale Rolle bei der Gestaltung ihrer Umgebung übernehmen und haben die Möglichkeit, ihre Meinung und Ideen in relevante Entscheidungen einzubringen. Ich betone bewusst, in relevanten Entscheidungen einbringen, weil eine solche Partizipationsmöglichkeit nicht heisst, dass Jugendliche selber die Entscheidung fällen oder sogar die ganze Zeit Forderungen stellen. Viele beste-

hende Jugendparlamente in der Schweiz, z.B. in Horgen oder Rapperswil-Jona, arbeiten mit Antragsrecht, Anhörungen oder einem institutionalisierten Dialog. Und das funktioniert gut, obwohl die Jugendlichen nicht selber entscheiden. Mitwirken heisst nicht automatisch, wichtige oder sogar politische Entscheide zu treffen. Mitwirken heisst, eigene Sichtweisen einzubringen und aktiv gehört zu werden.

Ein zentraler Aspekt ist die Förderung der Demokratie. In unserem Fall mit dem bewährten Baarer-Modell ist das die Gemeindeversammlung. Wer kann sich noch an die Dezember-Gemeindeversammlung erinnern, als gefragt wurde, wie viele Personen unter 25 Jahre im Saal sind? Weiss das noch jemand? Es war eine Person. Die 18- bis 25-Jährigen bleiben der Gemeindeversammlung fern. Mit einem Jugendforum kann das Interesse an diesem bewährten Modell geweckt werden. Und dieses Ziel müssen wir alle zusammen verfolgen. Und wer weiss, vielleicht wird dann eines Tages unser schöner Gemeindesaal zu klein für unsere Gemeindeversammlung. Denn das Leben in Baar geht jeden und jede etwas an.

Jugendliche lernen durch ihre Beteiligung im Jugendforum, wie politische Strukturen funktionieren. Sie bringen ihre Ideen ein und suchen Lösungen. Dieses Programm stärkt ihre politische Bildung und das Vertrauen in demokratische Prozesse, indem sie durch eigene Projekte erleben, was Mitbestimmung bewirken kann. Durch Mitwirkung gewinnen Jugendliche an Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen. Und die Themen, die sie beschäftigen, werden öffentlich.

Über die Hälfte der Jugendlichen, die an dieser Umfrage teilgenommen haben, interessiert sich für Gemeindepolitik. Noch mehr sogar für weltpolitische Themen. Aber was mich noch mehr beschäftigt hat, ist eine andere Zahl. Nur 17% haben das Gefühl, dass ihre Stimme in Baar wirklich zählt. Und 35% sagen, sie möchten etwas verändern, aber wissen nicht wie. Wenn ich das lese, frage ich mich, was wir den Jugendlichen für ein Signal senden. Nehmen wir die Jugend, unsere Zukunft, wirklich ernst? Und was senden wir für ein Signal, wenn wir heute Abend ein Jugendforum ablehnen? Worum geht es wirklich? Wir entscheiden heute nicht über ein fertiges Reglement. Wir entscheiden nicht über Detailfragen. Wir entscheiden auch nicht über ein abschliessendes Organisationsmodell. Wir entscheiden heute, ob wir jungen Menschen in Baar einen festen und sichtbaren Platz in unserer politischen Kultur geben wollen. Ob wir sie in unserer Gemeinde involvieren wollen. Und ob wir einen echten Dialog eröffnen wollen.

Es wurde gesagt, dass Partizipation heute schon möglich ist. Sie müsse einfach gestärkt werden. Ja, es gibt Angebote. Ja, es gibt Engagement. Aber die Umfrage zeigt klar, dass viele Jugendliche sich einbringen wollen, aber nicht wissen wie. Das ist kein Mangel an Interesse. Das ist ein Mangel an klaren und sichtbaren Gefässen. Ein Jugendforum kann genau das schaffen. Transparenz, Verbindlichkeit und ein klarer Ort für politische Beteiligung.

Wenn wir die Motion ablehnen, gibt es keine erneute Chance für eine institutionalisierte Mitwirkung von Jugendlichen. Es bleibt bei einzelnen Projekten, die im schlimmsten Fall im Sand verlaufen. Und das wollen wir alle nicht. Die Idee einer Fachkommission ist interessant. Aber eine Fachkommission nach dem Baarer-Modell ist ein Beratungsorgan des Gemeinderats. Ein Jugendforum hat aber eine ganz andere Zielsetzung. Es soll junge Menschen in unsere politische Kultur einführen. Es soll ein Lern- und Entwicklungsraum sein. Es soll die Identifikation mit dem Lebensraum Baar stärken. Und es soll unsere politische Zukunft stärken. Deshalb ist es sinnvoll, zuerst

das bewährte Modell eines Jugendforums zu erarbeiten und selbstverständlich die Kinder- und Jugendkommission sowie die Jugendlichen dabei einzubeziehen. Der Kantonsrat hat das kantonale Jugendparlament kürzlich abgelehnt, mit dem Hinweis, lokale Lösungen zu stärken. Und genau das können wir heute in Baar machen. Wir können im Kanton Vorreiter sein. Wir können zeigen, dass wir Jugendpartizipation wirklich ernst nehmen.

Der Kinder- und Jugendkommission ist das Anliegen wichtig. Nicht, weil es schon perfekt ausgeschafft ist, sondern weil es der richtige Schritt zur richtigen Zeit ist. Die Jugendlichen haben klar signalisiert, dass sie sich einbringen wollen. Und jetzt liegt es an uns, ob wir sagen, ja, wir schaffen euch den Rahmen. Wenn Sie heute Abend Ja sagen, dann werden Sie alle zu Ermöglicherinnen und Ermöglicern für die nächste Generation. Im Namen der Kinder- und Jugendkommission bitte ich Sie deshalb, die Motion im Sinne des Gemeinderats als erheblich zu erklären.

Simon Uster

Kinder und Jugendliche sollen ihre Themen in der Gemeinde einbringen können. Wer früher erlebt, dass die eigene Meinung zählt, entwickelt Interesse an Demokratie und an der Verantwortung für die Gesellschaft. Und das ist heute sehr wichtig. Die ALG unterstützt deshalb die Idee, dass junge Menschen mehr Möglichkeiten bekommen, sich einzubringen. Gleichzeitig überzeugen uns die Motion und die Antworten nicht. In Baar gibt es die Fachstelle Kind und Jugend, die Angebote für junge Menschen anbietet. Aus unserer Sicht könnte ein Jugendforum schon heute durch die Jugendarbeit organisiert werden, ohne dass Motionen und neue Reglemente geschaffen werden müssen. Wir haben es beim Pumptrack gehört. Wenn die Jugendarbeit nahe bei den Jugendlichen ist, könnten sie schon dort abgeholt werden.

Es stellt sich die Frage, warum der Gemeinderat die Legislaturziele, wie sie auf Seiten 45 und 49 beschrieben sind, nicht bereits selbst umgesetzt hat. Weiter stellt sich die Frage, warum gerade ein Jugendforum und warum nicht ein Jugendparlament. Hat hier der Gemeinderat Angst, dass die Vorlage eine Vorlage für ein Erwachsenenparlament wird? Es gibt ja schon Jugendparlamente wie in der Stadt Luzern. Dort erhalten die Kinder und Jugendlichen politische Mitwirkungsrechte. Warum bekennt sich der Gemeinderat nicht zu so einem Thema und zu so einem Parlament? Die Kinder- und Jugendkommission warnt vor einem Gefäss von Scheinpartizipation. Mit diesem klaren Bekenntnis könnte man dem entgegenwirken.

Die vorliegende Antwort des Gemeinderats bleibt zu vage. Es gibt keine klare Mitwirkung, keine verbindliche Rolle und auch keine echte politische Beteiligung. Deshalb wirkt sie eher wie ein wahlpolitischer, interner Steilpass der Mitte. Die ALG Baar unterstützt die Jugendarbeit unserer Gemeinde klar und ausdrücklich. Aber wir unterstützen keine Motion, die zusätzliche Reglemente und Bürokratie schafft, die es gar nicht braucht. Beim Sternmatt 2 haben wir heute Abend sehr gut gesehen, dass wenn man eine Motion oder eine Vorlage nochmal überarbeitet und besser beantwortet, dass man dann ein besseres Resultat hat.

Adrian Rogger

Die Förderung der politischen Bildung und der Einbezug von jungen Menschen in unserer Gemeinde sind wichtige Anliegen. Trotzdem sind wir von der SVP Baar überzeugt, dass die vorliegende Motion zur Schaffung eines kommunalen Kinder- und Jugendforums nicht der richtige Weg ist. Nur schon deshalb nicht, weil es heute schon viele Angebote für Jugendliche gibt.

In der Gemeindeversammlungsvorlage kann man entnehmen, dass Baar schon heute über funktionierende Partizipationsstrukturen verfügt. An den Schulen gibt es zum Beispiel ein institutionalisiertes Mitwirkungsmodell. Basis dieser Partizipation ist der Klassenrat und eine Ebene höher der Schülerrat. Weiter gibt es mit der Fachstelle Kinder und Jugend eine Abteilung, die Projekte begleitet und den Austausch organisiert. Auf kantonaler Ebene gibt es jährlich den Jugendpolit-Tag und Programme wie «Discuss it», «Jugendliche gestalten Politik mit» von der Beisheim-Stiftung oder «Jugend debatiert». In Jungparteien ist man ab dem 14. Altersjahr willkommen. Die Möglichkeit, politische Werkzeuge zu nutzen, z.B. Leserbriefe zu schreiben, eine Petition zu lancieren oder eine Gemeindeversammlung zu besuchen, steht allen altersunabhängig offen. Es stellt sich somit die Frage. Brauchen wir wirklich als einzige Zuger Gemeinde ein Kinder- und Jugendforum? Ein zusätzliches, formelles, von den Behörden betreutes Gefäss? Wir sagen klar Nein.

Die Umfrage in der Gemeindeversammlungsvorlage zeigt, dass von 1'686 Kindern und Jugendlichen lediglich 23%, also 391 Kinder und Jugendliche, an der Umfrage teilgenommen haben. Davon sind 83%, rund 325 Schülerinnen und Schüler, aus der Primar- und Oberstufe. Nach dem 14. Altersjahr flacht die Umfragebeteiligung aber deutlich ab. Ob das Interesse an einem Jugendforum nach dem 14. Altersjahr überhaupt gross genug ist, mag ich bezweifeln. Eine dringende Nachfrage seitens Jugendlicher für so ein Jugendforum erkennen wir von der SVP Baar aufgrund dieser Umfrage auf jeden Fall nicht.

Ich habe eigentlich erwartet, dass heute etwa 50 Jugendliche an dieser Gemeindeversammlung teilnehmen. 50 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren, die auf ihre Anliegen aufmerksam machen und für ein Jugendforum kämpfen. Als Gäste können Jugendliche nämlich ohne Weiteres, wie schon erwähnt, an der Gemeindeversammlung teilnehmen und ihre Anliegen am Rednerpult vorbringen. Auch Leserbriefe von Jugendlichen, die das Anliegen der Mitte unterstützt hätten, habe ich im Vorfeld in den Zeitungen nicht entdeckt. Es macht ein wenig den Anschein, dass die Mitte Baar mit ihrem Gründonnerstags-Vorstoss einmal mehr viel Wind um ein Problem macht, das in diesem Ausmass gar nicht existiert, wie das uns vermittelt wird.

Weit spezieller ist aber der Aspekt, dass die Mitte Baar faktisch ein parlamentartiges Kinder- und Jugendforum fordert, obwohl sie selber das Baarer-Modell bis jetzt stets verteidigt haben. Wir können fast auf den Verdacht kommen, dass die Mitte Baar mit diesem Vorstoss einen Sturz des Baarer-Modells mit seinen Kommissionen und der bewährten Gemeindeversammlung vorbereiten will, indem sie nämlich die kommende Generation an ein parlamentarisches System bzw. an ein parlamentarisches Politisieren gewöhnen will. Die Eigenschaften dieses geforderten Gefässes unterscheiden sich nämlich gemäss Gemeindeversammlungsvorlage praktisch nicht von einem parlamentartigen Gefäss.

Verantwortung ist nicht delegierbar. In den Augen der SVP Baar ist es vor allem die Aufgabe der Parteien, Jugendliche ins politische Geschehen zu integrieren. Dafür

braucht es kein Staatspersonal. Es steht auch der Mitte-Partei und jeder anderen privaten Organisation frei, in eigener Regie ein Jugendforum zu organisieren, wenn entsprechender Bedarf erkannt wird. Es ist aber nicht die Aufgabe der Behörden, einzelne Wellensegmente gezielt aufzubauen und zu bewirtschaften. Die Vermutung, dass politische, befangene Personen aus der Abteilung Soziales die Führung eines solchen Gefässes übernehmen, ist nämlich nicht so abwegig. Dass das auch mit privaten Gefässen möglich ist, zeigt der Kanton Schwyz. Das Schwyzer Kinderparlament organisiert sich selbstständig und finanziert sich auch selbstständig durch Beiträge aus dem Lotteriefonds, sowie durch Sponsoren, Gönner und Donatoren. Das kann man übrigens auf ihrer Homepage nachlesen.

Über die Jahrtausendwende gab es mit dem «Jump – Jugendliche machen Politik» ein kantonales Jugendparlament. Ein Experiment, das nach ein paar Jahren versandet ist. Vermutlich mangels Nachfrage. Nachher wurde der Jugendpolit-Tag ins Leben gerufen, der bis heute noch existiert. Ein neuer Anlauf für ein Jugendparlament ist im November 2025 im Kantonsrat gescheitert.

In Baar haben wir an der Gemeindeversammlung vom Juni 2025, wir haben es gehört, ein Parlament deutlich abgelehnt. Und auch wenn wir jetzt hier von einem Jugendforum reden, sind die Übergänge zu einem Jugendparlament gemäss Vorlage, worüber wir nachher abstimmen werden, fliessend. Letztendlich ist es eine Frage der Benennung und reiner Interpretation. So heisst es zum Beispiel auf Seite 45 in der Gemeindeversammlungsvorlage: Mögliche Instrumente der Mitwirkung sind beispielsweise das Recht eines Kinder- und Jugendforums, Anträge zu Handeln des Gemeinderats, also direkt Anträge an die Exekutive, zu stellen. Das sind Kompetenzen, die in der Regel nur ein Parlament hat. Heute sind gemäss Pflichtheft nicht einmal die Kommissionen mit gewählten Kommissionsmitgliedern berechtigt, Anträge zu stellen, sondern sie sind nur beratend. Mit solchen Aussagen werden Hoffnungen geschürt, sich als Jugendliche im gleichen Mass einzubringen, wie gewählte Politiker. Und einem Jugendforum wird suggeriert, dass es über ähnliche Rechte verfügt, wie ein vom Volk gewähltes Parlament.

Ein pragmatischer Ansatz, um den Jugendlichen eine Stimme zu geben, ohne eine neue Kommission oder ein Jugendforum oder ein Jugendparlament, wäre zum Beispiel eine Vertretung von zwei Jugendlichen in der Kinder- und Jugendkommission als beratende Mitglieder. Früher hat man Vertretern aus dem Schülerrat diese Möglichkeit gegeben. Ich kann mich erinnern, als ich noch Mitglied in der Kinder- und Jugendkommission war, dass in unregelmässigen Abständen zwei Vertreter vom Schülerrat an den Kinder- und Jugendkommissionssitzungen teilgenommen haben. Eine Vertreterin war damals die Alt-Kantonsrätin Isabel Liniger, die ohne Jugendforum ihren politischen Weg bestritten hat.

Ich bin überzeugt, dass die heutigen Jugendlichen mit politischen Interessen in Eigeninitiative die für sie optimalen politischen Angebote und Möglichkeiten finden werden. So wie sie auch selber für sich einen passenden Sport, ein passendes Instrument oder eine passende Berufslehre finden. Wir von SVP Baar setzen auf Eigenverantwortung und lehnen ein neues, bürokratisches Gefäss, bei dem aufgrund der Vorlage niemand genau weiss, wie das genau umgesetzt wird, wer den Lead darüber hat und wohin der Weg führen würde, entscheidend ab und sprechen uns gegen das Kinder- und Jugendforum oder auch gegen die Jugendkommission aus und empfehlen der Gemeindeversammlung die Nicht-Erheblicherklärung. Gleichzeitig stellen wir den Antrag auf eine

Befristung von vier Jahren, falls die Motion erheblich oder teil-erheblich erklärt werden sollte.

Walter Lipp

Ich nehme Bezug zum Antrag. Ein solcher Antrag kann nicht gestellt werden, weil man zuerst ein Reglement ausschaffen muss, in dem festgelegt wird, worum es eigentlich in diesem Forum geht. Und ich erwähne ganz bewusst Forum und nicht das Wort Parlament. Es soll ein Forum sein, wo sich Junge austauschen und auch Anträge an einen Gemeinderat stellen können, der ihre Ängste nimmt, die Anträge prüft und nachher eine entsprechende Rückmeldung gibt. Das ist auch beim Jugendparlament in Zug so, das oben durchgeführt ist.

Die Kommissionen dürfen gemäss Artikel 22 der Gemeindeordnung jederzeit Anträge an den Gemeinderat stellen.

Daniel Schönknecht

Eigentlich hätte ich ein grosses Votum vorbereitet, um zu sagen, dass wir die Motion im Sinne der RGPK auch teil-erheblich erklären wollen. Leider sind wir auch gestern kurzfristig darüber informiert worden, dass das so nicht möglich ist. Deshalb sind wir von der SP Baar der Meinung, dass man die Motion nicht erheblich erklären sollte.

Daniel Rotzetter

Ich habe mich auf das Statement heute Abend gefreut. Erstens, weil es der beste Zeitpunkt für die optimale Aufmerksamkeit vom Publikum ist und zweitens, weil mein Statement ein paar positive Sachen enthält. Ich finde, es wird generell genug kritisiert. Wir können auch mal ein Statement als Kompliment halten.

Die Motion für ein Jugendforum ist eine tolle Idee der Mitte. Die Argumente wurden schon vorgebracht. Wir von der GLP unterstützen das voll und danken der Mitte für die Initiative. Wir glauben, es ist sehr wichtig und richtig, die Jungen in die Politik miteinzu-beziehen. Es ist auch kein Geheimnis, dass die GLP sich freuen würde, wenn es endlich ein Gemeindeparlament in Baar gibt, auch wenn es vorerst im Kleinen stattfindet und unter der Bezeichnung Jugendforum läuft.

Machen wir weiter mit Lob und das geht an den Gemeinderat. Es ist super, wie er sich intensiv mit der Motion befasst hat. Eine grössere Umfrage bei Kindern und Jugendlichen, den Vergleich mit anderen Gemeinden und auch er sieht die Wichtigkeit und den Nutzen. Wir finden es super, dass die FDP auch hinter der Motion steht. Und wir sind ebenfalls erfreut, dass die ALG, die SP und die SVP grundsätzlich dafür sind, die junge Generation politisch zu motivieren und einzubeziehen, auch wenn nicht im Rahmen dieser Motion. Jetzt versteht Ihr wahrscheinlich auch, warum ich mich auf das Statement gefreut habe. Ich will in die gleiche Richtung gehen. Es ist doch toll, die Jugendlichen zu fördern, in die Politik mit einbeziehen. Es gibt nur einen Unterschied in der Vorstellung der Umsetzung.

Die perfekte Lösung werden wir von Anfang an wahrscheinlich nicht haben. Aber wir haben tolle Leute in der Gemeindeverwaltung, wir haben kompetente Gemeinderäte. Da wird sicher etwas Gutes rauskommen. Und da können wir dann immer noch etwas

daran verbessern. Wie erfolgreich es sein wird, können wir nicht sagen, aber es ist ein Versuch wert, für die Jugendlichen und auch für uns. Es ist auch unser Interesse, ein gutes Zusammenleben zu haben. Die nächste Generation wird dann auch bestimmen, wie viele Altersheime gebaut werden, in denen wir leben. Ausserdem sollen die Jugendlichen nicht den Eindruck haben, dass wenn Erwachsene Politik machen, sie in Anzug und Krawatte zusammenkommen und einfach ein bisschen über etwas reden.

Wir sollten diese Chance nutzen und sagen, hey, Politik ist cool, da können alle mitmachen, wir sind eine Gesellschaft, lasst uns hier zusammen weiter politisieren. Deshalb von unserer Seite das Votum, die Motion für erheblich zu erklären.

Sandra Bürgler

Ich könnte mir vorstellen, dass wir ein paar Jugendliche hier hätten, wenn es nicht das vierte Traktandum wäre.

Ich bin seit mehreren Jahren als Vertretung der FDP in der Kinder- und Jugendkommission, seit 30 Jahren in der Bildung tätig und Mutter von drei direkt von dieser Motion betroffenen Teenagern. Eine moderne Gemeinde wie Baar braucht ein Jugendforum, weil junge Menschen ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind, aber oft noch wenig formelle Mitsprachmöglichkeiten haben. Ein Jugendforum schafft genau diesen Raum.

Wir von der FDP Baar unterstützen die Motion der Mitte Baar grossmehrheitlich. Uns sind aber klare Rahmenbedingungen wichtig. Die Mitwirkungsstruktur muss klar definiert sein. Es braucht verbindliche Partizipationsmöglichkeiten. Es muss sichergestellt sein, dass die Ideen und Meinungen der Jugendlichen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, damit keine Scheinpartizipation entsteht. Denn sonst erreichen wir das Gegenteil und die Jugendlichen verlieren das Vertrauen und auch die Motivation. Die Leitung dieses Forums muss neutral agieren und es darf von der Leitung her kein politischer Einfluss stattfinden. Es wäre wünschenswert, wenn auch in diesem Jugendforum möglichst viele politische Ausrichtungen vertreten wären. Weiter braucht es dazu eine engagierte Kinder- und Jugendkommission, die unter anderem ein Auge darauf hat, dass diese Vorgaben auch eingehalten werden.

Warum sind wir von der FDP der Meinung, dass es dieses Forum braucht? Gerade in der heutigen Weltlage ist es wichtig, dass die Jugendlichen die demokratischen Prozesse kennen. Und das passiert nicht automatisch. Sich eine eigene Meinung zu bilden und diese dann auch zu vertreten, ist wichtiger denn je. Denn die Gefahr, durch Social Media desinformiert und beeinflusst zu werden, ist riesig. Wir brauchen auch in Zukunft engagierte junge Menschen, die selber denken. Denn das sind vielleicht Politiker von morgen. Ein Jugendforum ermöglicht Jugendlichen, ihre Anliegen einzubringen und aktiv an Entscheidungen mitzuwirken. Durch das erleben sie Demokratie ganz konkret. Demokratie lernt man, das weiss ich aus der Bildung, nicht durch Zuschauen. Man muss mitmachen. Jugendliche haben andere Perspektiven als wir Erwachsenen. Themen wie Freizeitangebote, öffentliche Räume, Sternmatt 2, als aktuelles Beispiel, Mobilität oder digitale Infrastruktur betreffen die Jugendlichen direkt. Ein Jugendforum hilft den Gemeinden, diese Bedürfnisse frühzeitig zu erkennen und auch besser zu berücksichtigen.

Geben wir diesem Jugendforum eine Chance und den Jugendlichen eine Stimme. Es kostet uns nicht viel und ein Versuch ist es allemal wert. Es ist ein Zeichen, das wir unseren Baarer Jugendlichen geben können. Denn wer mitgestalten darf, der übernimmt

Verantwortung. Ist es nicht gerade das, was wir uns eigentlich von den Jugendlichen wünschen, verantwortungsvoll und engagiert zu sein?

Mirjam Arnold

Ich wurde gerade etwas getriggert. Ich hoffe, die Jugendlichen sind inzwischen im Bett. Die hätten um diese Zeit hier nichts mehr verloren. Ich hoffe, das Jugendforum würde nicht erst um 19.30 Uhr starten. Das könnte man ins Reglement aufnehmen.

Ich kann Dir versichern, Adrian, auch unsere Partei hält am Baarer-Modell fest.

Die SP stellt im nächsten Parteienforum der Baarer Zytig die Frage: «Ist Baar kinderfreundlich genug?» Sie hören es jetzt schon, aber Sie können es in etwa zwei Wochen nachlesen. Ich habe mich gefragt, wieso man diese Frage an unsere Erwachsenen richtet. Es wäre doch genau diese Frage, die wir in einem Kinder- oder besser gesagt in einem Jugendforum klären müssten.

«Es ist keine radikale Neuerfindung, sondern eine überfällige Ergänzung unserer demokratischen Landschaft.» Sie hören, das sind nicht meine Worte, sondern die von meiner Kantonsratskollegin Ronahi Yener von der SP. Dort ging es um das Jugendparlament im Kanton im letzten November. Der Stimmungswandel ist für mich nur schwer nachvollziehbar. Aber vielleicht vertritt Ronahi eine andere Meinung als der Rest der SP Baar.

Die ALG erwähnt, dass die Fachstelle Kind und Jugend schon heute ein breites Angebot anbietet. Wenn man aber das Angebot der Fachstelle genau liest, dann sieht man, dass von politischer Mitwirkung keine Rede ist. Wir haben somit noch kein Gefäss, das das abdecken würde.

Wenn Sie heute Ja sagen zur Partizipation, zum politischen Prozess kennenlernen, zur Debattierfähigkeit erlernen, dann schaffen wir die Möglichkeit für unsere Jugendlichen, das zu lernen. Das ist für eine starke Zukunft unserer Gemeinde.

Antrag

Die Motion der «Die Mitte Baar» betreffend «Schaffung eines kommunalen Kinder- und Jugendforums» sei im Sinne der Ausführungen des Gemeinderats als erheblich zu erklären.

Beschluss

Die Motion der «Die Mitte Baar» betreffend «Schaffung eines kommunalen Kinder- und Jugendforums» wird im Sinne der Ausführungen des Gemeinderats grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

Walter Lipp

Wir sind am Schluss von einer intensiv geführten Gemeindeversammlung. So soll es auch bleiben. Dafür werden wir uns einsetzen.

Wir danken Ihnen für das Erscheinen, wünschen Ihnen weiterhin alles Gute und freuen uns, wenn Sie an der Juni-Gemeindeversammlung teilnehmen. Verpassen Sie nicht die eidgenössische und gemeindliche Urnenabstimmung vom 8. März bzw. vom kommenden Sonntag. Füllen Sie das Kuvert aus und bringen es nicht in die Altpapiersammlung.

Ich lade Sie nun zu unserem obligaten Apéro ein. Dort hat man auch die Gelegenheit, sich noch miteinander auszutauschen und ein bisschen zu diskutieren. Der Diskussionsbedarf ist bestimmt noch nicht ganz erschöpft. Die Gemeindeversammlung ist geschlossen.

Für das Protokoll



Andrea Bertolosi
Gemeindeschreiberin

Baar, 20. Mai 2026 BEA/nust